

Ausgabe A Nr. 176

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Goar- und Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Lemberg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 23. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 37 536 — Banquets: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Diebstahl-Gesellschaft, Depotstraße Lindenstr. 3.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 80 Pfennig, Restzeile 5. — Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das Letztgedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei Letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenaufträge des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitmarkt Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen für Damen Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifügt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Poincarés Schwierigkeiten.

Trotz Zugeständnissen nach links Widerstände bei den Radikalen.

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré, der noch in der Nacht vom Donnerstag unmittelbar nach seiner Beurlaubung durch Doumergue seine Besprechungen mit führenden Politikern aus allen Parteien ausgenommen und während des ganzen Donnerstag fortgesetzt hat, begegnet bei der Bildung des Kabinetts unerkennbaren Schwierigkeiten. Er bemüht sich um die Bildung eines „nationalen Ministeriums“ und hat sich dabei sowohl an Männer des Nationalen Blocks wie Lardieu und Bokanowsky als auch an Männer der Linken wie Briand und Joger Herriot gewandt. Er ist sich offenbar der paradoxen Lage bewußt, die durch seine Rückkehr zur Macht unter der gegenwärtigen am 11. Mai 1924 gewählten Kammer geschaffen werden würde. Daher bemüht er sich mit auffallendem Eifer, die Bedenken zu zerstreuen, die bei den Linksparteien gegen seine Person herrschen und versichert immer wieder, daß er nicht daran denke, eine Politik der Rache für seine Niederlage bei den allgemeinen Wahlen zu betreiben, sondern lediglich die Rettung der finanziellen Lage Frankreichs im Auge habe. Das hat er insbesondere gegenüber Abgeordneten der radikalen Partei geäußert, die an ihm das Ersuchen gerichtet hatten, wohl das Finanzministerium, aber nicht das Ministerpräsidentium zu übernehmen. Poincaré stellt sich auf den Standpunkt, daß er die nötige Autorität zur Sanierung der Finanzen nur dann besitzen würde, wenn er auch an der Spitze des Kabinetts stünde.

Die Schwierigkeiten Poincarés werden auch von den ihm nahestehenden Blättern, wie das „Journal des Débats“ und der „Intransigeant“, bestätigt, die darauf die abermalige Verschlechterung des französischen Franken zurückführen, die nachdrücklich am heutigen Nachmittag eingetreten ist: das Pfund stieg von 206 auf 214.

Trotz dieser Hindernisse, die jedenfalls so stark sind, daß Poincaré selbst erklärt hat, daß er erst im Laufe des Freitags an die Personfrage würde herantreten können, glaubt man nach wie vor an seinen Erfolg. Er wird seine endgültige Entscheidung am Freitag vormittag Doumergue bekanntgeben.

Befürchtungen in England.

London, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung von der Kabinettsbildung in Frankreich durch Poincaré ist in London mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. England betrachtet gegenwärtig jeden französischen Ministerwechsel unter dem Gesichtspunkte, welche Aussichten er für eine Ratifizierung des abgeschlossenen Schuldenabkommens und für die künftige Schuldentilgung durch Frankreich gewährt. In konservativen Kreisen ist man bereit, jedem französischen Ministerpräsidenten, der die Voraussetzung für jede Schuldentilgung an England, die Stabilisierung des Franken, ernstlich versucht, zunächst mit freundschaftlicher Neutralität entgegenzunehmen. In liberalen Kreisen wird die Befürchtung ausgesprochen, daß das System Poincaré eine Stabilisierung des französischen Franken auf Kosten Deutschlands oder, wenn dies nicht gelingen sollte, auf Kosten Englands und Amerikas vorzunehmen versuchen wird. Bei der Arbeiterpartei werden den Bedenken der Liberalen noch außenpolitische Befürchtungen hinzugefügt. Vor allem befürchtet man von einem Ministerium Poincaré eine ernste Gefährdung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Zur Vorgeschichte des Sturzes Herriots.

Wie der Nationale Block die Linke hineinlegte.

Eine sehr eigenartige Rolle hat in den letzten Tagen ein Teil des Nationalen Blocks, die sogenannte „Demokratisch-Republikanische Union“ unter Führung des Abg. Louis Marin gespielt. Dieser hat nämlich gemeinsam mit Herriot und Blum gegen die Erteilung von Vollmachten für die Regierung Briand-Caillaux gekämpft. Der Sturz Briands war nur möglich durch das Zusammenwirken der Sozialisten, der Kommunisten, des linken Flügels der Radikalen und der 60 Abgeordneten vom Nationalen Block, die Marin gefolgt waren. Nach der Bildung der Regierung Herriot haben jedoch Marin und seine Freunde geschlossen gegen das neue Kabinett gestimmt.

Es scheint, daß es sich hierbei um ein ganz raffiniertes Manöver der Reaktion handelte, die ihre Hand dazu hegte, nacheinander Briand und Herriot zu stürzen, um die Rückkehr Poincarés zu ermöglichen. Unverständlich bleibt nur, daß so erfahrene Politiker wie Herriot und Blum dieses Manöver nicht durchschaut haben. Sie hätten ja wissen müssen, daß es sinnlos ist, sich vorübergehend mit Kommunisten und Reaktionen zum Sturz einer anderen Regierung zu verbünden, wenn man die Gewißheit hat, daß man die gleichen kommunistischen und reaktionären Stimmen gegen sich vorfinden wird, wenn man selbst die Regierung bildet.

Wenn wir unserer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß auch unsere Genossen taktisch unglücklich operiert haben, so soll doch nicht vergessen werden, daß sich die französi-

schen Kommunisten wie immer und wie überall als bewußte Steigbügelhalter der Reaktion bewährt haben. Ihre 30 Stimmen haben den Ausschlag für den Sturz Herriots und für die dadurch ermöglichte Rückkehr Poincarés gegeben. Ohne die kommunistische Hilfe wären die Gegner Herriots in der Minderheit geblieben.

Die „Rote Fahne“ hat mit bewundernswertem Scharfsinn die gesamte politische Situation nach dem Sturz Herriots sofort erfaßt und die richtige Parole ausgegeben. Ihr einziger Kommentar besteht in der Ueberschrift: „Für die Arbeiter- und Bauernregierung!“

Auf die Ausrufung der Sowjet-Republik wartet in der Tat ganz Frankreich mit fiebriger Ungeduld. Es ist geradezu unverstänlich, daß sie nicht schon seit gestern nacht durch Cachin unter brausendem Beifall der Menge ausgerufen wurde und daß statt dessen Poincaré mit der Bildung des Kabinetts betraut worden ist.

Die Parteien bei der entscheidenden Abstimmung.

Paris, 22. Juli. (W.T.S.) Für die Vertrauensabstimmung Cozals, die die Regierung angenommen hatte, stimmten gestern abend 237 Abgeordnete, nämlich 95 Sozialisten, 20 Sozialrepublikaner (Gruppe Painlevé-Briand), 105 Radikale (also haben sich doch fast vier Fünftel der radikalen Abgeordneten hinter Herriot gestellt. Reb. d. „L.“), 1 Abgeordneter der Unabhängigen Linken (Gruppe Le Trocquer), 1 Linksrepublikaner, 2 keiner Partei angehörende Abgeordnete und 13 Radikale Linke (Loucheur-Gruppe). Der Stimme enthielten sich 24, darunter Briand; heurlaubt waren 15; gegen die Tagesordnung stimmten die übrigen 290 Abgeordneten.

Déret zum Kammerpräsidenten gewählt.

Ein neuer Erfolg der Rechten.

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Durch die wenn auch nur einstägige Uebernahme des Ministerpräsidentiums durch Herriot war die Wahl eines neuen Kammerpräsidenten notwendig geworden. Diese hat heute nachmittag stattgefunden. Herriot selbst war von einer Abordnung seiner Partei dringend ersucht worden zu kandidieren und er wäre auch höchstwahrscheinlich mit fast allen Stimmen der Linken wiedergewählt worden. Er lehnte jedoch diese Anregung entschieden ab. So entstand ein scharfer Kampf zwischen der Rechten, die sich gleich im ersten Wahlgang auf den früheren Kammerpräsidenten Raoul Péret, den kürzlich zurückgetretenen Finanzminister im vorletzten Kabinett Briand, vereinigt hatte und den Linksparteien, die zunächst getrennt vorgingen. Im ersten Wahlgang erhielt Péret 197 Stimmen, der bisherige Vizepräsident Genosse Ferdinand Bouisson 133 und der andere bisherige Vizepräsident, der Radikale Bouisson 113 Stimmen. Zersplittert waren 40 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielte, wurde ein zweiter Wahlgang notwendig, in dem die Linksparteien sich auf die Kandidatur des Genossen Bouisson einigten. Trotzdem erhielt, dank dem am Dienstag wiederhergestellten geheimen Wahlverfahren, Raoul Péret 227 und Bouisson nur 215 Stimmen. Dieses Ergebnis, das nur dadurch ermöglicht wurde, daß einige Radikale gemeinsam mit der Rechten für Péret stimmten, bedeutet eine neue Niederlage für das Kartell der Linken.

Margaret Bondfield wieder im Unterhaus.

Großer Stimmenzuwachs der Labour Party bei einer Nachwahl.

London, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiterpartei hat bei der Nachwahl in Walling einen Erfolg zu verzeichnen, dem in seiner außerordentlichen Größe eine ganz besondere Bedeutung als Stimmungsmesser zukommt. Die Kandidatin der Arbeiterpartei Margaret Bondfield, die im Kabinett Macdonald einen Ministerposten innehatte und bei der letzten Wahl ihren Parlamentssitz verlor, ist in einem „dreieckigen“ Wahlkampf mit einer absoluten Mehrheit von annähernd 5000 Stimmen über die beiden bürgerlichen Gegenkandidaten gewählt worden. Während sie 18866 Stimmen erhielt, brachten es der Konservative auf 9839, der Liberale auf rund 4000 Stimmen. Während der konservativen Kandidat in diesem Wahlkreis, der bisher durch den Arbeiterparteilager Patrick Hastings vertreten war, bei der letzten Nachwahl annähernd 15000 Stimmen erhalten hatte, kam er also diesmal nicht einmal auf 10000. Die gegen die Regierung Baldwin abgegebenen Stimmen betragen sogar insgesamt 23000.

In einem Kommentar des Wahlergebnisses stellt Ramsay MacDonald fest, es zeige sich, daß die jetzige Regierung, die niemals eine Mehrheit der Stimmen hinter sich gehabt habe, das Vertrauen des Landes völlig verloren habe. Das Wahlergebnis sei die Quittung der Wählerschaft für die Haltung der Regierung in der Bergbaukrise.

Pleite in Braunschweig.

Ein Anschauungsunterricht zum Kapitel „nationale Reinigung“.

Von D. Grotewohl, M. d. R.

Mit allen Mitteln der Verleumdung und Gemeinheit wurde 1924 durch die Rechtsparteien im Lande Braunschweig der Landtagswahlkampf mit dem Ziele der Beseitigung der sozialistisch-demokratischen Regierung geführt. Seit Jahr und Tag durch maßlose Hege aufgeweicht, entwickelte sich im „Stahlhelm“ des Landes Braunschweig eine Schutgardie, hinter deren Phalanx die bürgerlichen Parteien ihre Stützpunkte offen und versteckt hervorschauberten. Mit brutalem Terror, persönlicher Infamierung, Lug und Trug und nicht zuletzt mit erheblichen Geldmitteln der Industrie gelang es ihnen, allein durch die Hilfe des „Stahlhelm“, unter den Parolen: Beseitigung der roten Mißwirtschaft, Reinigung des öffentlichen Lebens durch ein Ministerium von Fachministern, einen Sieg zu erringen. Der Landtag setzt sich aus 48 Mitgliedern zusammen, von denen 25 Abgeordnete der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Wirtschaftsverbandes mit Hilfe des einzigen Nationalsozialisten, den man dafür zur Belohnung zum Oberlehrer machte, eine Mehrheit bilden.

Diese knappe Mehrheit ist in einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt. Wenngleich sie auch aus den widerstrebendsten Elementen besteht, die jede Regierungshandlung und die gesamte Gesetzgebung des Landtags zum widerlichen Schachergeschäft herabwürdigten, so bindet ihr Haß gegen Republik und Sozialdemokratie sie doch immer wieder zusammen. Die Folgen dieser Politik beginnen jetzt sich für das Land geradezu katastrophal auszuwirken.

Was ist aus der angeblich so nötigen Reinigung des öffentlichen Lebens geworden? Mit Historist und Lüge hat eine widerliche Gesinnungsschneiselei die Moral weiter Teile der Beamtenschaft erschüttert und unter Billigung und Förderung der „Fachministerregierung“ zu niedrigster Gefinnungslumperei geführt. Die wenigen republikanischen Beamten aber, die sich diesem Treiben gegenüber dennoch behaupten, haben unter Schikanen und Drangsalierungen unausgesetzt zu leiden und müssen einseitigste Bevorrechtung der Regierungspatridine über sich ergehen lassen.

Dabei zeigt die Regierung keineswegs einmal eine glückliche Hand. Der Landesvorsitzende der Deutschnationalen, eines der prominentesten Mitglieder der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft im Landtage, ein Regierungsrat a. D., der unter der früheren Regierung auf eigenen Wunsch aus dem Staatsdienst schied, mußte „rehabilitiert“ werden und wurde zum Oberregierungsrat ernannt. Nach wenigen Wochen mußte dieser hehre Vorkämpfer für „vaterländische und christliche Ideale“ wegen schwerer sittlicher Belastung aus dem Landtage, aus der Parteileitung und aus dem eben erhaltenen Amt beseitigt werden. Bei der Erwahlung für einen in wenigen Monaten verbrauchten Finanzminister zeigte sich dem braunschweigischen Volke eine Cliqueswirtschaft und politische Schiebung, wie sie nur selten in der kurzen parlamentarischen Geschichte Deutschlands zu finden sein wird. Ein gewiß nicht unbeschäftigter Privatdozent, der Vorsitzende der bürgerlichen Landtagsfraktion, wurde dabei aus persönlichen und politischen Gründen übergangen. Als er verärgert die Führung der Landtagsfraktion niederlegte, machte man ihn zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule! Einer der Antipoden des sozialistischen Landesschulrats Dr. Stöckel wurde vom Studienrat zum Oberstudiendirektor befördert, weil er als eifriger Agitator der Deutschnationalen bei der Neubesezung der Stelle des Landesschulrats nicht berücksichtigt werden konnte.

Diese wenigen Beispiele mögen zur Illustrierung des Dranges zur „Futterrippe“ bei den schwarzweißroten Parteigängern genügen. Auch das Telegramm des Reichstagsabgeordneten und Senatspräsidenten Hampe, das dieser vor der Verabschiedung des Herzogsvergleichs, der dem ehemaligen Herzog die Auslieferung von über 50 000 Morgen Land sicherte, angeblich im Auftrage der bürgerlichen Landtagsfraktion an den Cumberlander sandte und in dem er dazu aufforderte, den unsicheren 25. Mann der bürgerlichen Fraktion, einen Nationalsozialisten, der zu Verhandlungen auf der Reise zum Herzog war, mit dem schätzbaren Mittel des Bestechungsversuchs für den Vergleich gefügig zu machen, gehört in das Kapitel von der „Reinigung des öffentlichen Lebens“.

Besonders zu beachten sind in diesem Zusammenhange aber auch die Vorgänge im Braunschweiger „Stahlhelm“, denn der „Stahlhelm“ ist der eigentliche wahre Geburtsheifer dieser Regierung. Ohne die umfangreiche und brutale Wahlarbeit des „Stahlhelms“ wäre in Braunschweig überhaupt keine bürgerliche Regierung zustande gekommen. Für die Wahl- und Propagandamöglichkeiten der bürgerlichen Parteien war der „Stahlhelm“ die letzte feste Säule. Doch „auch diese schon geborsten, wird stürzen über Nacht“. Durch unehrliche geschäftliche und unmoralische Manipulationen hat es der Landesverbandsführer Ushenhaut im „Stahlhelm“ fertig-

Schafft Arbeit!

Wie steht es mit den Angestellten?

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter den Angestellten, die unter der Krise am meisten leiden, ist in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm nur durch indirekt und nur ganz allmählich sich auswirkende Hilfe berücksichtigt. Eigentlich ist es nur der Baumarkt, auf dem die Befehle den Angestellten (Technikern, Ingenieuren usw.) etwas mehr Arbeit bringt. Überall dort, wo es sich in Industrie, Handel und Gewerbe um Verwaltungsarbeit handelt, geht der Abbau der Angestellten weiter; denn eines der Hauptziele der Rationalisierung ist die Verringerung der Speise des Verwaltungsapparates.

Trotz dieser Schwierigkeiten, die der Beschaffung von Arbeit für die Angestellten entgegenstehen, liegen die Dinge für die Angestellten nicht hoffnungslos. Die maßgebenden Stellen sollten sich nur einmal aufrufen, wenigstens dort etwas zuzufassen, wo ein sozialer Ausgleich in der Arbeitsbeschaffung möglich ist. So könnten bei den Behörden, vor allem für die statistischen Arbeiten, sehr wohl eine Reihe bedürftiger, erwerbsloser Angestellter beschäftigt werden, wenn bei der Anstellung mit etwas mehr sozialem Verständnis vorgegangen würde. Leider zeigt die Erfahrung, daß bei ihnen in erster Linie die Angehörigen der höheren Beamten bevorzugt und beschäftigt werden. Bei der Arbeitsvermittlung für die Volksgüterarbeiten ist das besonders kraft in der Erscheinung getreten, und erst dieser Tage wurde dem Zentralverband der Angestellten aus München gemeldet, daß dort ganze Scharen von Töchtern höherer Beamten und von Angestellten, die über gute Beziehungen verfügen, bei den Behörden Arbeit erhalten haben, während die Angestellten, die auf sich allein angewiesen und erwerbslos sind, unberücksichtigt bleiben.

Der Zustand, daß man dem einen, der nichts hat, Verdienst und Brot wegnimmt und dem anderen gibt, der zu Hause einen gedeckten Tisch findet, wird nur dann ein Ende haben, wenn die Behörden gezwungen werden, sich ihre Arbeitskräfte über den öffentlichen Arbeitsnachweis zu beschaffen. Wir könnten in dieser Hinsicht schon längst ein Stück weiter sein, wenn die Vorstände des A.F.A.-Bundes zur Sicherung der Arbeitsvermittlung über den öffentlichen Arbeitsnachweis von den bürgerlichen Angestelltenorganisationen unterstützt worden wären. Aus Angst, der öffentliche Arbeitsnachweis könne eine Monopolstellung erhalten, ließ man die Dinge einfach weiterverlaufen; den Schaden hat das Angestelltenproletariat.

Änderungen in der Verwaltung.

Ernennungen und Berufungen.

Infolge der Ernennung des Ministerialdirektors Pänder zum Staatssekretär der Reichskanzlei ist die Stelle des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei freigeworden. Dem Vernehmen nach kommt für diesen Posten der bisherige Ministerialrat der Reichskanzlei Offermann in Frage.

Der Vorsitzende des Beamtenausschusses der Deutschen Demokratischen Partei, Gerhard Vogt, wurde vom Reichsminister des Innern Dr. Kütz in das Ministerium des Innern berufen. Wie der Reichsdienst deutscher Presse erfährt, wird der Reichsminister des Innern Gerhard Vogt insbesondere zur Erledigung von Spezialaufträgen verwendet.

Das deutsch-französische Studienkomitee. Das jüngst unter Vorsitz des Luxemburger Großindustriellen Mayrisch gegründete Komitee, an dem auf deutscher Seite Fritz Thullen, Bücher, Louis-Hagen, C. v. Stauff, Reichsgerichtspräsident Simons u. a. angehören, hat seine Vertrauensleute für Paris und Berlin bestimmt. Die Leitung des Bureaus in Berlin übernimmt der französische Schriftsteller Pierre Bénéol, der in der „Germania“ die deutsch-französischen Beziehungen seit längerer Zeit behandelt; von deutscher Seite wird Dr. B. Krudenberg nach Paris entsandt, der als Sekretär des Außenministers Dr. Simons im Auswärtigen Amt tätig war.

Die Untersuchung gegen General Gayda, den tschechischen Generalstabschef, endete ergebnislos. Die Untersuchungskommission hat das Ergebnis ihrer Untersuchungen dem Militärkommando übergeben. General Gayda erhält die Genehmigung, seine Kläger zur Rechenschaft zu ziehen.

Preußen und die Zöllern.

Brauns Antwort an Herrn von Berg.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Braun an den Generalbevollmächtigten des vormaligen Königshauses unter dem 21. Juli 1926 folgendes Schreiben gerichtet:

„Das Schreiben Eurer Excellenz vom 4. d. M. habe ich erhalten; über seinen Inhalt war ich bereits durch seine Veröffentlichung in der Tagespresse unterrichtet.“

Die Preussische Staatsregierung vermag nicht anzuerkennen, daß die Vertretung des vormaligen Königshauses in den letzten Jahren unablässig bestrbt gewesen sei, die Vermögensauseinandersetzung auch unter weitgehenden Verzichten im Wege einer Verständigung durchzuführen; sie ist der Auffassung, daß ein rechtzeitiges Eingehen des vormaligen Königshauses auf Vergleichsvorschläge, wie sie vom Staate früher wiederholt gemacht worden sind — so noch im Jahre 1924 von dem damaligen Finanzminister Dr. von Richter — längst den Gegenstand der Beunruhigung unseres öffentlichen Lebens, von dem das dortige Schreiben spricht, aus der Welt geschafft haben würde.

Bei der dritten Beratung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 im Preussischen Landtage (107. Sitzung vom 5. d. M.) habe ich auf die Ausführungen des Abgeordneten Dr. von Campe über den Entschuldigungsantrag der Fraktion der Deutschen Volkspartei betr. die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preussischen Staat und den Hohenzollern (Drucksache Nr. 3935) folgendes erwidert:

„Auch die Staatsregierung hat ein Interesse daran, daß die von dem Herrn Abg. von Campe soeben besprochene Angelegenheit mit aller Beschleunigung so geregelt wird, wie sie im Interesse des Staates liegt.“

Hieran hält die Preussische Staatsregierung fest. Wenn bei den dortselbst angeregten Verhandlungen ein Ergebnis erzielt werden soll, wird man freilich nicht auf den Vertrag vom 12. Oktober 1925 zurückgreifen dürfen, um so weniger, als er die mit sehr umfangreichem Grundbesitz ausgestattete Karl-Linie des vormaligen Königshauses nicht einbezieht. Die dortige Bemerkung, daß die Verzichte des vormaligen Königshauses bis zur Preisgabe von 83 Proz. der Vermögensmasse gegangen seien, läßt außer Acht,

1. daß die Vermögensmasse erhebliche Werte einschließt, die Staatseigentum sind,
2. daß die kapitalisierte Kronfideikommissrente (187,5 Millionen) aus der Berechnung auscheiden muß,
3. daß die Vermögensmasse sehr große Werte enthält, die der Staat aus öffentlichen Gründen in Anspruch nehmen muß, deren Unterhaltung ihm aber bereits erhebliche Kosten verursacht hat und weiter verursachen wird,
4. daß dem vormaligen Königshause bereits erhebliche Kapitalzahlungen zugeflossen sind,
5. daß den Nebenlinien beträchtliche Vermögenswerte zugefallen sein würden.

Nur Verhandlungen, die an das Ergebnis der Beratungen des Reichstages über den Entwurf eines Reichsgesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormalig regierenden Fürstentümern anknüpfen, können nach Lage der Verhältnisse jetzt noch in Frage kommen. Zu solchen Verhandlungen ist die Preussische Staatsregierung bereit.“

Der generalbevollmächtigte Welsmarschall wird mit der Antwort der preussischen Regierung hoffentlich zufrieden sein. Sie ist jedenfalls durchaus nicht mißzuverstehen. Denn wenn die Hohenzollern gegen den Volkenscheid überall den Schwindel verbreiten ließen, sie hätten bereits auf 83 Prozent ihres Vermögens verzichtet, so werden sie nach dem Brief des preussischen Ministerpräsidenten schon etwas Neues austreten müssen.

Wenn die Familie Hohenzollern wirklich ernsthaft verhandeln will, so wird sie Gelegenheit dazu haben. Aber selbst wenn sie noch sehr weitgehende „Verzichte“ ausspricht, dürfte sie immer noch das Vielfache von dem bekommen, was zur „standesgemäßen“ Lebenshaltung prinzipieller Nichtsteuer notwendig ist.

gebracht, ein unübersehbares Lohwabohtu anzurichten, in dem alle gegen alle kämpfen, und dessen Ende, besonders angeht des Wachstums des Reichsbanners, die Ausschaltung des „Stahlhelms“ aus politischen Kämpfen unüberwindlich sein wird. So sind nun die „Reiniger des öffentlichen Lebens“ dabei angelangt, sich zunächst einmal zu reinigen.

Wie steht es nun mit der „Beseitigung der sozialistisch-demokratischen Wirtschaft“? Durch eine unverantwortliche Liebesgabenpolitik hat man dem Herzog, der Kirche und dem Großgrundbesitz erhebliche Mittel zugezahlt. Der Steuerhau der Besitzenden ist durch umfangreiche Steuerminderungen und Erlasse eine Konzeption nach der anderen gemacht worden. Allein im Jahre 1925 wurde die Landwirtschaft von der Zahlung von 50 Proz. der Grundsteuer im dritten und vierten Vierteljahr befreit. Den Besitzlosen dagegen schuf man neue Belastungen. Durch eine kluge, soziale Steuergesetzgebung der sozialistisch-demokratischen Landtagsmehrheit waren kleine Wohnungen von der Zahlung der Hauszinssteuer befreit. Heute sind diese Vergünstigungen der Minderbemittelten nicht nur beseitigt, sondern im Lande Braunschweig wird jetzt der höchste Mietsatz des ganzen Reiches erhoben. Unter dieser völlig einseitigen Steuerpolitik leiden die Aufgabener der Wohlfahrtspflege, des Gesundheitswesens, der Schule und der Fürsorge. Fast alle Gemeinden des Landes befinden sich in großen finanziellen Schwierigkeiten und das Land sieht sich einer wachsenden Verschuldung gegenüber. In den Jahren der Linksregierung befanden sich die Finanzen in geordnetem Zustande, ja, es wurden sogar, trotz der Inflation wesentliche Ueberschüsse erzielt. Die Ueberschüsse betragen:

1919/20	2,8 Mill. Goldmark
1920/21	41 000 Goldmark
1921/22	2,7 Mill. Goldmark
1922/23	6 728 749 929,84 Papiermark (Infl.)
1923/24	rund 1 Mill. Goldmark

Trotz erheblicher Steigerung der Aufgaben gegenüber der Vorkriegszeit auf den Gebieten der Ernährungswirtschaft, des Wohlfahrts- und Fürsorgewesens, der Polizei, der Schule, der Siedlung, des Wohnungsbaus usw. balancierte der letzte Haushaltsvoranschlag der Linksregierung mit fünf Millionen weniger als der Voranschlag der früheren herzoglichen Regierung aus dem Jahre 1914. Seit dem Regierungsantritt der Rechtsregierung hat sich die Finanzlage dauernd bedenklich verschlechtert. Bereits die ersten Haushaltspläne des Jahres 1925 wiesen mit ihrem Nachtrage einen voranschlagsmäßigen Fehlbetrag von rund 2,7 Millionen auf, der sich um den Betrag von 2,6 Millionen einer noch nicht aufgewerteten Eisenbahnrente, die als Einnahme eingeseht war, auf 5,3 Millionen erhöhte. Ob der Vollzug sich nicht noch ungünstiger gestalten wird, steht dahin.

Für das laufende Jahr ist schon jetzt ein Defizit von rund 6 Millionen erkennbar. Die Bedeutung dieses Fehlbetrags in seiner Wirkung auf das Land wird erst erkennbar, wenn man bedenkt, daß der gesamte Ausgabenetat des Landes nur 55 Millionen beträgt.

Das Ergebnis der einhalbjährigen Tätigkeit der braunschweigischen Fachministerregierung ist für das Bürgertum eine völlige Pleite. Die Trümmer sind: zerstörte politische Organisationen, unerfüllte Versprechungen und eine Schuldenlast von 12 Millionen Mark. Nach den Landtagswahlen Ende 1927 wird dieser Regierung als Aufgabe nur die Entgegennahme des Volksauftrags bleiben: „Abtreten!“

Beifügung Dörschbinkis. Die feierliche Beifügung des Volkskommissars Dörschbinkis fand am Roten Platz an der Kremloauer hinter dem Benin-Mausoleum statt. Als der Sarg in die Gruft verfenkt wurde, wurden in Moskau und in allen Städten der Sowjetunion Salutschüsse abgegeben, während gleichzeitig die Fabrikpfeifen ertönten.

Das englische Parlament wird am 6. August in die Ferien gehen.

Mittag im Gebirge.

Von Alfred Fröhlich.

Das ist der Mittag in den Bergen: Die Grillen zirpen im hohen Gras, die Sonne brennt aus dem Blau des Himmels mit goldenen Feuern hernieder, der Schnee leuchtet auf den Kämmen, blaumantelhaft sind die dunkelgrünen Wälder auf den Abhängen, Wollen legen weiß und stumm darüber, ein kühler Wind weht durch das Tal, der Fluß rauscht, eine Quelle plätschert, und durch die Stille läutet das silberne „Ave“ eines Kirchenglockchens. Der vollbehängene Apfelbaum im Garten steht wie ein blühender Rosenstrauch aus; die weiße Wäsche flattert auf den Leinen und Refs roter Unterrock weht wie eine Fahne im Winde. Die Kati trägt, ein Viehdien summend, das kleine Schwesterchen auf dem Arm im Sonnenlicht hin und her. Ein Hähnchen kräht. Suß, die braune Ziege, schweert ihr Fell an einem Pfosten. Zwei Rädchen spielen schmutzend miteinander. Die scheitige Kuh schreiet, mit der Glocke tammelnd, langsam über die Wiese. Ein Schmetterling fliegt taumelnd herum. Und drüben, am fenseltigen Abhange, pflügt ein Bauer sein Feld; die Pflugklänge blinzt und blüht aus den braunen Erbschollen herüber. Schwarze Bergvögel fliegen lautlos durch die Luft. . . .

Ich liege tiefatmend im Gras und rieche den betäubenden Duft, der aus dem nahen Walde weht. Ich träume von seinem grünen Moose, in dem sich die kleinen Alpendaischen verstecken, von dem blauen Gloden der Enziane, von einer hüschenden Eidechse, und — ganz plötzlich — von dem schönen Königsee, der nicht weit von hier ist. Träume von seinem klaren grünen Wasser, vom weißen Kloster St. Bartholomä am seinem Ufer, vom Echo, das melodisch hinter den Bergwänden, die den See umgeben, aufsteigt; vom einsamen Obersee, der in seiner Nähe liegt, und von den ragenden Teufelsböckern. Träume von der kleinen Kirche in Maria Bern, von der roten Blut der blühenden Geranien unter ihrem Marienbilde, von den kleinen Bauernhäusern, vom dunklen Abendhimmel, der mit leuchtenden Sternen übersät ist, von der großen Stille der Nacht, die nur aus der Ferne von einem langgezogenen „Auch—hu—hu—hu!“ eines Bauernburschen, der aus „Fensterln“ ausgeht, unterbrochen wird. Träume von meinem Garten in dem blauartierten Bauernbett, von den weißen Nebeln, die am Morgen von den Wiesen emporsteigen, und vom Postboten, der mit langen Schritten durch die Frühe kommt und einen Brief in der Hand hält. Einen Brief von der Geliebten, die vor nicht langer Zeit neben mir im Gras lag und mitträumte den schönen Traum der Wirklichkeit. Und sich schon ein wenig fürchtete vor der großen Stadt, in die sie wieder hineinmühte. Der Stadt, in der wir geboren sind und die uns immer wieder holt. Auch ich muß zu ihr zurück. . . .

Noch aber liege ich hier im Gras der Wiese! Die Augen sehen blinzelnd zu den Berggipfeln hinauf und die Brust atmet tief und mächtig. Der Himmel ist blau, die Sonne brennt mit goldenen

Feuern, die Wiesen sind so grün, so grün, — die Wälder dunkel — der Fluß rauscht — die Mittagstunde ist noch nicht vorüber — die Mittagstunde meines Glückes!

Wer besucht die höheren Schulen?

Als vor kurzem die preussische Regierung das Schulgeld für die höheren Schulen mit einem Schlage auf 200 M. erhöhte, ging ein einmütiger Protest durch die Zeitungen, der immer noch nicht verstummen will. Es wurde geltend gemacht, daß die überwiegende Zahl der höheren Schüler aus dem Mittelstande komme, der heute noch weniger als früher die hohen Lasten tragen könne. So müsse die Erhöhung zu einer Bildungssperre für die begabten Kinder Minderbemittelter führen. Wie recht die Warner hatten, zeigt ein Aufsatz des Regierungsrates Dr. Keller vom Preussischen Statistischen Landesamt, der soeben in der „Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts“ erscheint. Zu diesem Aufsatz, der dankenswerterweise auch als Sonderdruck beim Landesamt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 28, für 80 Pf., bei Sammelbestellung 60 Pf., zu haben ist, verarbeitet Dr. Keller die Ergebnisse der Schulstatistik in Preußen vom November 1921. Schon die Einleitung, die frühere Erhebungen in einzelnen Städten kurz bespricht, bietet lehrreiche Daten. Die einzelnen Zahlen möge man selbst nachlesen. Hier nur einige Zitate. Barmen 1905: „Ungefährlich großer Anteil der Kinder von mittleren Beamten“. Reußlän 1910: „Aufsässig stark war . . . der Anteil der mittleren Beamten und der Lehrer (39 Proz.)“. „erheblich war auch überall der Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten“. In einer Zählung in Hannover ist besonders bezeichnend, daß von 1912 bis 1920 der Prozentsatz der Arbeiterkinder sich 3 T. verdoppelt hat. Er erhöhte sich auf den Gymnasien von 3 Proz. auf 6,6 Proz., auf der Oberrealschule von 15,3 Proz. auf 22,5 Proz. Dagegen ist der Anteil der „Selbständigen Gewerbetreibenden“ überall stark zurückgegangen, was der allgemeinen Entwicklung nach dem Kriege entspricht. Auch die Erhebung des Deutschen Philologenverbandes vom Jahre 1920 zeigt ein „starkes Hervortreten der mittleren Beamten“. Eine Fülle interessantester Materials bieten die Ergebnisse der Schulzählung des Preussischen Statistischen Landesamts vom Jahre 1921. Da zeigt sich z. B., daß bestimmte Berufe eine bestimmte Schularart (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule usw.) bevorzugen, da wird ein deutlicher Unterschied festgestellt in der Zugehörigkeit der drei Hauptkonfessionen (Protestant, Katholik, Juden) zu den Bestklassen; was aber für unsere Frage die Hauptsache ist, das ist der Nachweis der Verteilung der Schüler auf die einzelnen Stände. Und da wird nun bestätigt, was auch die kleineren Untersuchungen schon ergaben: Der Großteil der höheren Schüler stammt aus den mittleren Schichten, 67,99 Proz.; aber auch aus dem Arbeiterstande kommt eine erhebliche Zahl: 15 450 Arbeiterkinder besuchten 1921 die höheren Schulen Preußens. Daß diese Zahl im Steigen ist, zeigt die vorhin erwähnte Untersuchung in Hannover. Man darf daher gespannt sein auf die Zählung, die in diesem Herbst wieder vorgenommen wird. Hoffentlich dauert die Verarbeitung der Ergebnisse nicht so lange.

„Marcia Reale“ („Königsmarsch“) nennt Andreas Lahtz seine Novelle, mit deren Veröffentlichung wir heute beginnen. Eine Erzählung in pessimistischem, antimilitäristischem Geist, und doch keine eigentliche Tendenzdichtung, sondern ein tiefes und feines psychologisches Gemälde, das in den zwei Hauptpersonen charakteristische Typen des Nord- und Südeuropäers einander gegenüberstellt und durch den Gang der Handlung zeigt, wie nicht zwingende innere Notwendigkeiten, sondern willkürliche Wadenschäften die nationalitätlichen Gegensätze hervorrufen und zum tragischen Konflikt treiben. Die „Marcia Reale“ ist in sämtlichen europäischen Ländern veröffentlicht worden, nur in Deutschland bisher nicht.

Das kommende Reichsbühnengesetz. Das Reichsministerium hat sich zur Vorbereitung eines Reichsbühnengesetzes bereits mit der Volksbühne und anderen Organisationen in Verbindung gesetzt, um deren Wünsche und Forderungen zu erfahren. Auch eine Vertretung der deutschen Provinztheater ist inzwischen bei der zuständigen Instanz des Reichsinnenministeriums vorstellig geworden. Ihre Bepreschungen hatten hauptsächlich den Zweck, die amtlichen Stellen über die Lage der reisenden Theatergesellschaften zu informieren.

Australiens neue Hauptstadt. Der Termin für die feierliche Inbetriebnahme der neuen Hauptstadt Canberra ist jetzt auf den 9. Mai 1926 festgesetzt worden. Der Bau der Bundeshauptstadt ist 1910 begonnen worden; drei Jahre später waren die hauptsächlichsten Regierungsgebäude bereits fertiggestellt. Der Krieg hat die Vollendung aufgeschoben, und erst seit 1920 wurde an dem Ausbau der Hauptstadt weitergearbeitet. Das Parlamentsgebäude ist schon seit 1924 fertig. Die neue Hauptstadt bedeckt als eigenes Territorium ein Gebiet von 912 Quadratmeilen.

Kalenderreform des Völkerbundes. Die Verkehrs- und Transaktionskommission des Völkerbundes hat die Arbeiten über die Festlegung des Datums des Dreizehntes beendet. Die Kommission hat beschlossen, der Völkerbundversammlung nahe zu legen, mit dem Wunsch um Festlegung des Dreizehntes an die zuständigen Landesbehörden heranzutreten.

Lino im D-Jug. In den D-Jügen der tschechoslowakischen Staatsbahnen wird jetzt regelmäßig ein Kinoswagen eingesetzt.

Ein Experimentiertheater in New York. Das Irving-Theater in New York, das gegenwärtig an der Kreuzung der 8. Avenue und der 50. Straße erbaut wird, beschäftigt sich während seiner ersten Saison dadurch bekannt zu machen, daß es ausschließlich Stücke unbekannter Autoren zur Uraufführung bringt. Die Direktion des Theaters hat jetzt durch Rundschreiben und öffentliche Bekanntmachungen die unbekanntesten Dichter aufgefordert, ihre Stücke einzureichen.

Kommunistische Briefmarken aus dem vorigen Jahrhundert. Das Museum für Verkehrszeichen in Leningrad hat eine Sammlung seltener und einzigartiger Briefmarken erworben. Es handelt sich um die Marken, welche die Regierung der Pariser Kommune während ihrer kurzen Dauer im Jahre 1871 herausgegeben hat.

Ein neuer Roman von Maxim Gorki. Maxim Gorki, der gegenwärtig in Sorrent lebt, schreibt an einem großen Roman, der in Form einer Chronik die Zeit von den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart schildern wird. Der Roman wird voraussichtlich unter dem Titel „Wierja Jahre“ erscheinen. Am kommenden Winter wird das Drama Gorkis „Ballade“ von Max Reinhardt in Berlin zur Aufführung gebracht werden.

Der Fall Schweikart.

Notwendige Fragen an bayerische Behörden.

Die bayerischen amtlichen Stellen hüllen sich in Schweigen. Der Mörder von Gareis ist aus der Haft entlassen worden. Die Öffentlichkeit erfährt nach drei Tagen davon. Ueber die Begründung der Haftentlassung erfährt sie kein Wort. Alles, was den amtlichen Stellen abgerungen werden kann, ist: Das Landgericht München hat auf die Beschwerde seines Verteidigers hin den Haftbefehl aufgehoben. Die Untersuchung jedoch nimmt ihren Fortgang.

Die Untersuchung nimmt also ihren Fortgang. Wenn nur Schweikart nicht seinen Fortgang genommen, jedesmal versehen mit einem falschen Pässe. Für das Landgericht München ist das kein Grund, Fluchtverdacht anzunehmen.

Auch Verdunkelungsgefahr wird nicht befürchtet. Schweikart hat alte Beziehungen zu Beamten, die beschuldigt werden, im Einverständnis mit ihm gehandelt zu haben — aber Verdunkelungsgefahr? Das Landgericht München hat keine Befürchtung. Schweikart und Kriminalkommissar Glaser können jetzt ungehindert Erinnerungen austauschen und Abreden treffen — das verschlägt nichts; denn die Untersuchung nimmt ihren Fortgang.

Die Öffentlichkeit hat über diese Untersuchung noch kein Sterbenswort erfahren. Sie hat ein Recht, unterrichtet zu werden! Sie muß wissen, wer die Richter waren, die den Beschluß gefaßt haben, den Mörder von Gareis aus der Haft zu entlassen.

Waren es dieselben Richter, die schon in der Sache Sandmeyer den Einstellungsbeschluß gefaßt haben?

Wird in der Untersuchung, die „ihren Fortgang nimmt“, der ganze Komplex der Schweikartischen Verbrechen mit allen Zusammenhängen behandelt, oder wird wieder das beliebte Verfahren angewandt, nur Teilausschnitte zu prüfen, damit die Untersuchung ja zu keinem Resultat gelangt?

Liegt eine Einwirkung des Justizministers vor?

Hat der Untersuchungsrichter sich bemüht, festzustellen, wo der falsche Pafß des Schweikart fabriziert worden ist?

Wenn er es nicht festgestellt hat, warum erkundigt er sich nicht bei den Stellen, von denen er die zweckmäßigsten Auskünfte darüber erhalten kann?

Schweikart selber weiß ja sehr viel — weiß er gewissen bayerischen Behörden zu viel? Soll er seinen Fortgang nehmen? Er hat schon Übung darin, mit behördlicher Hilfe seinen Fortgang zu nehmen!

Der „Bayerische Kurier“ hat kürzlich die Worte geschrieben: „Die Sonne bringt es an den Tag!“ Im September wird der Untersuchungsausschuß des Reichstags den ganzen Komplex der bayerischen Fememorde prüfen, und die bayerischen Behörden dürfen sich darauf verlassen, daß schonungslos alle Täter und alle Mitschuldigen festgestellt werden — auch wenn jetzt die Untersuchung gegen den Mörder von Gareis ihren Fortgang nimmt. Dieser Untersuchungsausschuß ist nicht so leicht zu sprengen! „Die Sonne bringt es an den Tag!“ Erfolgt aber die Feststellung im Reichstagsausschuß, nachdem bayerische Behörden vorher die Aufklärung verhindert haben, so wird sie ein vernichtendes moralisches Urteil über das gegenwärtige Regime in Bayern in sich schließen.

Der verbotene „Knüppel“.

Ein Schildbürgerstreich des Staatsgerichtshofs.

Die kommunistische Zeitschrift „Der Knüppel“ und die Berliner „Rote Fahne“ hatten kürzlich ein Gedicht unter der Aufschrift „Cave canem“ (Nimm dich vor dem Hund in acht!) veröffentlicht, in dem es hieß, Hindenburg, der „Hund der Monarchen“, habe seine Leine, nämlich die Reichsverfassung, zerbrochen. „Eine lange Leine“, hieß es weiter, „aus bestem Gummi, die noch keine Hundeseele geniert habe“.

Der Reichsinnenminister Dr. Rülz ersuchte das preussische Innenministerium, den „Knüppel“ auf drei Monate und die „Rote Fahne“ wegen Nachdrucks auf zwei Wochen zu verbieten. Das preussische Innenministerium nahm jedoch den Standpunkt ein, daß eine Herabwürdigung der republikanischen Staatsform im Sinne des Republikshuldengesetzes nicht vorliege. Dem Reichspräsidenten wurde anheimgestellt, wegen der geschmacklosen Beleidigung seiner Person von sich aus Strafantrag zu stellen.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, der bekanntlich sehr empfindlich ist, wenn es sich um Kommunisten handelt, hat nunmehr gegen das preussische Innenministerium entschieden: Der Tatbestand entsprechend der Bestimmung des Republikshuldengesetzes sei unzweifelhaft gegeben und ein Verbot der beiden Druckschriften gerechtfertigt. So wird auch noch das köstliche „Der Knüppel“, „berühmt“ gemacht. Das fehlte ihm gerade.

Verbot der „Roten Fahne“.

Wolffsbureau teilt mit: Die „Rote Fahne“ ist wegen Nachdrucks eines des Reichspräsidenten beleidigenden Gedichtes auf vierzehn Tage verboten worden. Die kommunistische Zeitschrift „Der Knüppel“, aus der die „Rote Fahne“ das Gedicht übernommen hatte, wurde auf drei Monate verboten.

Doletschals Fahrt zu den Faschisten.

Der Prager „Sozialdemokrat“ zu der Affäre des roten Chefredakteurs.

Die gestrige Ausgabe unseres deutschen Prager Bruderblattes enthält neue Einzelheiten über den Uebergang des tschechischen Redakteurs Doletschal (nicht Defegal, wie es infolge eines Hörselers gestern hieß). Danach handelt es sich um den Chefredakteur des Brünner kommunistischen Organs „Koonost“, der laut einer Mitteilung des Brünner Faschistenblattes „Morawaka Delice“ in dessen Redaktion eintrat. Dieser Stellungswechsel hat folgende Vorgeschichte: Chefredakteur Doletschal, der sich in der letzten Zeit nicht mehr der vollen Gunst der übrigen kommunistischen Führerschaft erfreut hatte, sollte auf Mostaus Geheiß Brunn und seinen bisherigen Wirkungsort verlassen und nach Berlin in die Redaktion der „Roten Fahne“ gehen. Doletschal, der die deutsche Sprache nur unzureichend, auf keinen Fall so beherrscht, daß er die Eignung zum Redakteur eines deutschsprachigen Blattes befähige, setzte dieser Versetzungsabsicht Widerstand entgegen, worauf ihm mit dem 1. Juli das Gehalt eingestellt wurde. Bald darauf munkelte man in Brunn bereits, daß Doletschal Generalsekretär der tschechischen Faschisten in Brunn werden sollte. Die oben zitierte Meldung des Faschistenblattes gibt nun der Affäre Doletschals ihren vorläufigen Abschluß.

Ueber die ehrenwerte Persönlichkeit Doletschals gibt der „Sozialdemokrat“ folgendes aus: „Doletschal war in der Partei ein z. B. beliebiger. Er schien in der vordersten Führerschaft immer als

Sonderfürsorge für Ausgesteuerte.

Das Reich will 50 Proz. der Aufwendungen erstatten.

Die Vorlage zur Schaffung einer Sonderfürsorge für die Ausgesteuerten, über die am Mittwoch im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung verhandelt worden ist, will den Kommunen, in welchen 5 Proz. der Bevölkerung arbeitslos und 5 vom Tausend der unterstützten Erwerbslosen ausgesteuert sind, vom Reich 50 Proz. der Aufwendungen aus dem Wohlfahrtsetat für die Ausgesteuerten vergüten lassen. Die Gewerkschaften können sich für die Vorlage nicht erwärmen. Sie forderten deshalb an Stelle der Sonderfürsorge Verlängerung der Unterstützungsdauer der Erwerbslosen. Gegen diesen Vorschlag machte das Reichsarbeitsministerium geltend, daß der Reichstag jetzt nicht beisammen und infolgedessen die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften mit Schwierigkeiten verbunden sei. Daraufhin stellten die Gewerkschaften den Antrag, daß die Reichsbeihilfe von 50 Proz. zu dem Wohlfahrtsetat der Gemeinden nicht unter den von der Vorlage gestellten Bedingungen, sondern generell allen Kommunen, die Ausgesteuerte haben, gegeben werde. Dieser Antrag wurde angenommen. Wenn also z. B. in einer Gemeinde für 100 Ausgesteuerte von der allgemeinen Wohlfahrtspflege pro Monat 6500 Mark ausgegeben werden, dann werden der Gemeinde 3250 Mark zurückerstattet.

Da die Zahl der Ausgesteuerten bis zum Winter wachsen wird, wächst auch der finanzielle Druck im Wohlfahrtsetat der Gemeinden, daran ändert die Beihilfe von 50 Proz. nicht viel. Es überrascht daher nicht, wenn die Gemeinden von einer Festlegung der Sätze für die Ausgesteuerten nichts wissen wollen. Bisher gab es für die Unterstützung aus der Wohlfahrtspflege nur allgemeine Richtsätze. Die Gemeinden wollen keine Bindung; ihr dahingehender Antrag wurde angenommen.

Die Sonderfürsorge über den Wohlfahrtsetat der Gemeinden ist nur ein Notbehelf. Sie bleibt entweder ungenügend oder führt zu Komplikationen in der Fürsorge. Der Weg der Verlängerung der Unterstützungsdauer ist eher ein Ausweg. Warum die Vertagung des Reichstages ein unübersteigbares Hindernis sein soll, wenn es gilt, eine sozialpolitisch notwendige Maßnahme in Kraft zu setzen — es sind doch auch schon andere und weniger notwendige Dinge, z. B. der Flaggenerlaß, ohne den Reichstag gemacht worden — ist das Geheimnis des Reichsarbeitsministeriums.

Es gehört jetzt zu den anerkannten Wahrheiten, daß wir auf lange Zeit mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Das ist wiederholt auch vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Reichstag ausgesprochen worden.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß im engsten Zusammenhang damit das

Schicksal der ausgesteuerten Erwerbslosen

steht. Man mag darüber streiten, ob die Zahl der Ausgesteuerten gegenwärtig schon erheblich oder unerheblich ist — nach unserer Auffassung ist bereits eine große Zahl von ausgesteuerten Erwerbslosen vorhanden —, unbestreitbar ist, daß die Zahl von Woche zu Woche wächst. Wir rufen noch einmal die amtlichen Zahlen der unterstützten Erwerbslosen für den Stand vom 15. Juni dieses Jahres in die Erinnerung. Danach waren bereits vorhanden: 856 131 Erwerbslose mit längerer Unterstützungsdauer als 13 Wochen, davon 276 470 Erwerbslose mit längerer Unterstützungsdauer als 26 Wochen.

Die von uns gezeigte Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes spricht dafür, daß von den 276 470 Erwerbslosen viele schon jetzt von Woche zu Woche wegen Fristablaufs der 52wöchigen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausscheiden. Bis spätestens Ende des Jahres müssen sie alle ausgeschieden sein, es sei denn, sie sind in reguläre Arbeit oder bei Notstandsarbeiten untergebracht. Für Ende des Jahres ist aber auch schon mit einem Zustrom von den 856 131 Erwerbslosen in das Heer der Ausgesteuerten zu rechnen.

Das Reichsarbeitsministerium hat kürzlich den Ernst dieser Lage mit dem Hinweis abzuwachen versucht, daß eine starke Fluktuation vorhanden ist, viele Erwerbslose also in reguläre Arbeit oder bei Notstandsarbeiten untergebracht werden. So notwendig es ist, das mit in Rechnung zu setzen, so verhängnisvoll wäre es, diese Fluktuation zu überschätzen. Es darf nicht dazu führen, die notwendige Vorsorge für die Ausgesteuerten auf die lange Bank zu schieben.

Was soll nun geschehen?

Der Weg, die ausgesteuerten Erwerbslosen in die Wohlfahrtspflege zu übernehmen, ist keine sozial befriedigende Lösung. Sie

ganz besonderen Aufgaben gewachsen und als geeignet, bei schwierigsten und heikelsten Situationen sich in die Bresche zu werfen. Beispielsweise war es Doletschal, den man an das Ende der Smerald-Liquidation in den „Rude Bravo“ stellte, dessen Zeitung er dann eine Zeitlang innehatte. Und als der Rasch in die Brünner kommunistische Partei fuhr, war es wieder Doletschal, der die Chefredaktion der „Koonost“ übernahm. So wie man sich in der kommunistischen Partei irgendwo nicht zu helfen wußte, mußte Doletschal als Ratgeber oder Gauß zurückzugreifen pflegen und die tschechischen Regierer immer den Czerny aus dem sichereren Versteck herbeizuholen, wenn alle anderen Auskünfte versagten.

Wir Berliner haben, wie man sieht, in der Tat alle Ursache, darüber zu trauern, daß der wädrere revolutionäre Kämpfer in Brunn zu den Faschisten übergegangen ist. Schade, daß er sich nicht erst in der Berliner „Roten Fahne“ um die Aufklärung des hiesigen Proletariats bemühte. Aber auch so erteilt er einen trefflichen Anschauungsunterricht: über den Kommunismus als Vorstufe des Faschismus!

Der polnische Verfassungskampf beendet.

Stärkung der Rechte von Präsident und Regierung.

Warschau, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Sejm nahm am Donnerstag das Gesetz über die Verfassungsänderung in dritter Lesung mit 246 gegen 95 Stimmen der Linken und der Rechten an. Annahme fand damit auch die wichtigste Bestimmung, der Artikel, der dem Präsidenten das Recht gibt, in der Zeit zwischen Auflösung und Neuwahl von Sejm und Senat Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Diese Dekrete dürfen sich allerdings nicht auf eine Aenderung der Verfassung und der Verfassung beziehen.

würde dazu führen, das ganze Gebäude der allgemeinen Wohlfahrtspflege auf das stärkste zu erschüttern. In der „Sozialen Praxis“ hat kürzlich ein hervorragender Sachkenner auf diesem Gebiete, Dr. W. Volligkeit, Frankfurt a. M., bereits darauf aufmerksam gemacht, welche gefährlichen Rückwirkungen auf die allgemeine Fürsorge es haben muß, wenn eine Aenderung des Unterstützungssystems in der Erwerbslosenfürsorge zu einer Herabdrückung der unteren Unterstützungssätze führt. Dadurch würde automatisch ein verstärktes Einströmen von Erwerbslosen in die allgemeine Fürsorge erfolgen, weil die Notwendigkeit ergänzender Unterstützung unabweisbar ist. Als eine Folge davon weist Volligkeit auf die nicht zu unterschätzende Gefahr hin, daß Fürsorgeverbände versuchen werden, die Richtsätze ihrer allgemeinen Fürsorge herabzusetzen. Diese Gefahr besteht in weit stärkerem Maße, wenn große Massen von ausgesteuerten Erwerbslosen aus Wohlfahrtsmitteln unterstützt werden müssen, auch dann, wenn ein Teil dieser Kosten aus Reichsmitteln zurückerstattet wird.

Eine solche Regelung für die ausgesteuerten Erwerbslosen würde aber nicht nur die Gefahr eines Abbaus der Unterstützungssätze in der allgemeinen Fürsorge heraufbeschwören; sie würde auch die ergänzende Unterstützung der Erwerbslosen für besondere Notfälle aus der allgemeinen Fürsorge gefährden.

Den furchtbaren Ernst solcher Rückwirkungen beleuchtet ein Aufsatz des Stadtrats Dr. Sperling, Wiesbaden, über

„Die Krise der öffentlichen Wohlfahrtspflege“

im Aprilheft der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“. Zunächst zeigt der Aufsatz, daß schon heute die allgemeine Fürsorge sowohl ergänzend bei unterstützten Erwerbslosen wie auch für Ausgesteuerte in erheblichem Maße eintreten muß. Sperling schreibt:

„Auch bei den übrigen Erwerbslosen müßten vielfach die Fürsorgeverbände im Hinblick auf die geringen Sätze der Erwerbslosenunterstützung und die Dauer der Erwerbslosigkeit mit einmaligen Beihilfen für Miete, Kleider, Bäder usw. einspringen. Die Zahl der von den Arbeitsämtern nicht unterstützten Erwerbslosen wird vielfach unterschätzt; um ein Beispiel zu geben, hatte die Stadt Wiesbaden am 31. Dezember 1925 neben 2225 Partien, die Erwerbslosenunterstützung bezogen, etwa 800 Partien nicht-bezugberechtigter Erwerbsloser, die im Wege der allgemeinen Fürsorge vom Wohlfahrtsamt betreut und aus Gemeindemitteln unterstützt wurden. In vielen anderen Städten werden die Verhältnisse ähnlich liegen.“

Die von Sperling weiterhin angegebenen Zahlen über die Wohlfahrtsausgaben reden eine deutliche Sprache. Nach den Feststellungen des Deutschen Städtetages sind diese im Durchschnitt der Großstädte von 5,60 im Jahre 1913 auf 27,40 im Jahre 1925 pro Kopf der Bevölkerung angewachsen. Angesichts dieser Entwicklung fürchtet Sperling schon jetzt das Herabsinken der Wohlfahrtspflege auf das Niveau der früheren Armenpflege.

Bedarf es noch weiterer Beweise, daß die ausgesteuerten Erwerbslosen der Wohlfahrtspflege nicht überantwortet werden dürfen? Schon heute läßt die Durchführung der Fürsorgepflicht-Verordnung, wie wir das an Hand einer Erhebung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden in Nr. 58 des „Vorwärts“ vom 4. Februar d. J. gezeigt haben, sehr viel zu wünschen übrig. Dieser Zustand würde durch Hebernahme der ausgesteuerten Erwerbslosen in die Wohlfahrtspflege noch verschlimmert werden.

Die ausgesteuerten Erwerbslosen haben nach der Deutschen Reichsverfassung ein Recht darauf, weiterhin in der Erwerbslosenfürsorge zu bleiben. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht angewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. So steht es geschrieben im Artikel 163 der Reichsverfassung. Es ist Pflicht des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsregierung, danach zu handeln. Die Möglichkeit dazu bietet § 18 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister kann danach die Unterstützungsdauer für Angehörige von Berufen, die einen besonders ungünstigen Arbeitsmarkt aufweisen, über 26 Wochen hinaus ausdehnen. Eine Begrenzung dieser Fristverlängerung nach oben ist nicht vorgesehen. Mit Recht sagt deshalb der Oberregierungsrat im sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Dr. Martin Jhude, in seinem Kommentar, daß der Reichsarbeitsminister für seine Festsetzungen an teiner Frist gebunden ist, die Unterstützung also auf Jahre hinaus zulassen kann. Gegenwärtig hat der Reichsarbeitsminister die Frist auf 34 Wochen ausgedehnt, darüber hinaus kann der öffentliche Arbeitsnachweis für weitere 13 Wochen Unterstützung gewähren. Diese Regelung genügt nicht mehr. Wir erwarten deshalb, daß der Reichsarbeitsminister von seinem Recht, die Unterstützungsdauer noch weiter zu verlängern, Gebrauch macht.

Die Abstimmung über das Vollmachtsgesetz, die darauf vorgenommen wurde, ergab eine Reihe von Überraschungen. Die am Mittwoch von der Linken erklämpften Verbesserungen sind infolge einer Stärkung der Rechten unter ungeheurem Tumult der Linken und der Rechten sämtlich wieder rückgängig gemacht worden. Die Vollmachten für die Regierung werden infolgedessen auch das Abänderungsrecht für die Arbeits- und Sozialgesetzgebung umfassen; ausgeschlossen werden von einer Vollmachtenänderung das Ehrerecht, das Schulwesen und die Sprachengesetze.

Raffinverhaftungen wegen Spionage.

Warschau, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Donnerstag sind in mehreren Städten Polens, so in Lemberg, Przemyśl, Stanislaw und Krakau über hundert Zivil- und Militärpersonen, darunter zahlreiche Unteroffiziere, verhaftet worden; auch in Warschau sind etliche Verhaftungen erfolgt. Die Festgenommenen, die zum großen Teil der russischen Studentenschaft angehören, werden beschuldigt, Spionage zugunsten Deutschlands und Russlands getrieben zu haben. Die Militärspionage soll besonders stark im Posener Gebiet betrieben worden sein. Die Nachrichten waren, wie behauptet wird, für den deutschen Generalstab bestimmt. Es sei festgestellt worden, daß zahlreiche deutsche Offiziere im Laufe der Zeit nach Przemyśl gekommen sind, um Fühlung mit der Spionageorganisation zu nehmen.

In Oberschlesien sind wegen der Attentate der letzten Tage ebenfalls Verhaftungen vorgenommen worden. Die Attentäter gehörten zum Teil der politischen Polizei an. (1)

Der Warschauer Senat hat sich ebenfalls mit der polnischen Außenpolitik beschäftigt. Jalewsky hielt ungefähr dieselbe Rede wie im Auswärtigen Ausschuss des Sejms.

Gewerkschaftsbewegung

Neunstundentag und Internationales Arbeitsamt.

Der Beschluss des italienischen Ministerrats in seinem letzten wirtschaftlichen Sanierungsprogramm, die Arbeitgeber zu ermächtigen, die tägliche Arbeitszeit ohne Lohnzuschlag von 8 auf 9 Stunden zu erhöhen, hat begreiflicherweise im internationalen Arbeitsamt nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen. Italien hat bekanntlich die Washingtoner Arbeitszeitkonvention bereits im Jahre 1923 ratifiziert, jedoch unter der Bedingung, dass die Ratifikation erst dann in Kraft treten sollte, wenn England, Frankreich, Belgien, Deutschland, die Schweiz und Oesterreich die Konvention ebenfalls ratifiziert haben werden. Von diesen Ländern hat Oesterreich die Konvention ebenfalls bedingungsweise ratifiziert, während die Schweiz vor der Ratifikation noch ein Arbeitszeitgesetz für das Gewerbe schaffen muß. Doch erklärten zuständige italienische Vertreter noch unlängst, daß die Schweiz allein für Italien keinen Grund mehr bilden würde, an der Bedingtheit seiner Ratifikation länger festzuhalten.

Nach der Londoner Ministerkonferenz und den wiederholten Erklärungen der Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Englands im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts und an der erst kürzlich geschlossenen Arbeitskonferenz glaubte man nunmehr, daß die Ratifikation der Konvention in den genannten Ländern und damit in allen hauptsächlich industriell entwickelten Ländern in nächster Zeit erfolgen werde. In dieser Situation befürchtet man nun sehr — und vielleicht leider nicht mit Unrecht —, daß der Beschluss der italienischen Regierung eine neue und sehr unangenehme Verzögerung der Ratifikation der Konvention zur Folge haben könnte. Wohl heißt es von der italienischen Arbeitszeitverlängerung, daß sie nur eine „provisorische“ sein und in den Ausführungsbestimmungen auch nur auf diejenigen Industrien beschränkt werden solle, welche stark unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden haben. Was alles darunter verstanden sein kann, weiß man jedoch aus anderen Fällen!

Zudem kommt ferner, daß man der gegenwärtigen französischen Regierung auch die Absicht zuschreibt, die Arbeitszeit generell auf 9 Stunden verlängern zu wollen, und diese Tendenz könnte durch den Beschluss der italienischen Regierung eine nicht unwesentliche Unterstützung finden. Sollte aber wirklich der Achtstundentag auch in Frankreich, selbstverständlich ebenfalls „nur vorübergehend“, preisgegeben werden, so würde es dann leider nur zu wahrscheinlich sein, daß damit auch die endgültigen Ratifikationsvorbereitungen in Deutschland, Belgien und England eine neue Störung, wenn nicht zeitweilige Stodung erfahren würden.

Hält man sich dabei gleichzeitig vor Augen, daß die Arbeitergruppe auf der 8. Arbeitskonferenz mit aller Deutlichkeit erklärt hat, daß die organisierte Arbeiterschaft geradezu ihr bisheriges Interesse am Internationalen Arbeitsamt davon abhängig mache, daß die Arbeitszeitkonvention endlich in den hauptsächlichsten Industrieländern ratifiziert werde, ansonst sie vorzuziehen, zu ihrer früheren Unabhängigkeit und ihren früheren Kampfmethoden zurückzukehren, so kann man ermaßen, daß der Beschluss des italienischen Ministeriums für die internationale Arbeiterorganisation eine Krise von größter Tragweite zur Folge haben kann.

Eine Abwendung von dieser Entwicklung scheint nur davon erwartet werden zu können, daß die Arbeiterorganisationen Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands in möglichst naher Zeit durchzusetzen vermögen, daß die Washingtoner Konvention in ihren Ländern ratifiziert wird, was dann auch in Italien die Wiederaufhebung der Arbeitszeitverlängerung zur Folge hätte, ansonst Italien seine bedingte Ratifizierung der Konvention wieder zurückziehen müßte, vor welcher Maßnahme es jedoch aus verschiedenen Gründen wohl zurückzusehen würde.

Der Gehaltsabbau im Einzelhandel.

Stellungnahme der Funktionäre des I.D.H.

Der am 19. Juli gefällte Schiedsspruch über die Gehälter der kaufmännischen Angestellten hat berechtigterweise zu einer lebhaften Empörung der Angestelltenchaft geführt. Die Hauptfunktionäre der Fachgruppe Einzelhandel des Zentralverbandes der Angestellten werden zu der durch den Schiedsspruch geschaffenen Situation heute abend Stellung nehmen. Es steht

noch nicht fest, zu welchem Ergebnis die Stellungnahme zum Schiedsspruch führen wird. Bei den weitgehenden Abbaumwünschen der Arbeitgeber erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß eine Ablehnung des Schiedsspruches beschlossen wird.

„Rascher Geschäftsverkauf.“

In Nr. 332 des „Vorwärts“ wurde die Radikalfaktur geschildert, durch die das Wäschereileihgeschäft Gerstner u. Co. den Bescheid seines Personals abgeholt hat. Obwohl wir es lediglich mit dieser nunmehr verstoffelten Firma zu tun hatten, läßt uns die Wäschereileihgesellschaft W. Loewy, Eichendorffstr. 20, die die Gerstner u. Co. aufgekauft hat, durch ihren Rechtsanwalt eine §-11-Berichtigung zugehen.

Wir entnehmen derselben, daß das gekündigte Personal der Gerstnerkompagnie aufgefordert wurde, die Zeit bis zum

Arbeiter! Angestellte!

Besucht am Sonntag, den 25. Juli, mittags 12 Uhr, im Lustgarten die Kundgebung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Berlin. Allgem. freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

Ende der Kündigungsfrist bei der neuen Firma weiterzuarbeiten. Ueber die Auszahlung des Lohnes sei „erst am übernächsten Tage gesprochen worden, an welchem die Angestellten ohne Erklärung die Arbeit niederlegten und ihren Lohn verlangten“. Sie seien daraufhin auf den Lohnstag, den Freitag, verwiesen worden. „In diesem Freitag ist tatsächlich der Lohn für die vergangene Woche gezahlt worden“ — was im Vorwärtsbericht auch gesagt ist. Der Lohn für die weitere Woche, der erst am nächsten Freitag fällig war, ist am Montag, dem 19. Juli 1926 ausgezahlt worden.

Das konnten wir am 16. Juli noch nicht wissen. Wäre dem Personal klipp und klar gesagt worden, daß es nichts mehr mit G. u. Co., sondern es mit der Firma Loewy zu tun habe, dann wäre es offenbar weder zur Arbeitsniederlegung noch zu dem Zweifel bezüglich der Zahlung des Restlohnes gekommen.

Der Solinger Industrieangestelltenverband.

Sein Uebertritt zum Metallarbeiterverband.

In Solingen hat sich die Lokalorganisation der in der Stahl- und Schneidwarenindustrie beschäftigten Arbeiter am längsten erhalten. Die Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation Solingens gehen auf die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Schon 1871 und 1872 wurden die Fachvereine der Messer-, Gabel- und Scherenmacher gegründet, denen später eine Reihe anderer Fachvereine folgten.

Die Eigenart der Solinger Industrie — schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ — brachte es mit sich, daß diese Fachvereine Jahrzehnte hindurch die ausschließliche Organisationsform der Solinger Metallarbeiter bildeten. In den 1890er Jahren kam zu ihnen der Deutsche Metallarbeiterverband, dem es im Laufe eines Jahrzehnts gelang, sich eine achtunggebietende Stellung zu verschaffen. Eine Anzahl der örtlichen Fachvereine vollzog den Uebertritt zum D.M.V. Dann folgte eine Umbildung insofern, als im Jahre 1906 die einzelnen Fachvereine einen Zusammenschluß vollzogen im Industrieangestelltenverband Solingen, der mit etwa 3500 Mitgliedern ins Leben trat.

Erbitterte organisatorische Kämpfe wurden zwischen den Lokalisten und Zentralisten geführt, da ein großer Teil der in den Fachvereinen organisierten Solinger Arbeiter jenseits der Solinger Organisation festhielt. Nach 20jährigem Bestehen des Solinger Industrieangestelltenverbandes ist es nunmehr zu einer Einigung gekommen. In einer Urabstimmung der Mitglieder des zurzeit 5000 Mitglieder zählenden lokalen Verbandes am 10. Juli wurde mit 1627 gegen 974 der Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband beschlossen.

Der Christliche Metallarbeiterverband sucht nun im trüben zu fischen und einen Teil der Mitglieder des Solinger Verbandes für sich zu angeln. Bei dieser Agitation ist er jedoch ziemlich daneben getreten. In einem Rundschreiben sagt er:

„Die Führer des Industrieangestelltenverbandes, welche mit den Metallarbeiterverband übernommen werden, versuchen natürlich, sämtliche Mitglieder mit herüberzuziehen. Sie sagen den Heimarbeitern, die Branchen müßten geschlossen bleiben und daher auch geschlossen übertreten. Das ist natürlich Unsinn.“

Die Heimarbeiter werden durch ihren geschlossenen Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband die treffende Antwort geben.

Endlich fängt man an — zu beraten.

Die höchste Zeit, die Not steigt!

München-Grabbach, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In München-Grabbach fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Regierung, der Stadtverwaltungen von Aachen, Reuf, München-Grabbach, Aepfert sowie Delegierten der Wirtschaft über das Kanalprojekt Aachen-Reuf statt. Für den Kanal, der das Aachener Industriegebiet mit dem Rhein verbinden soll, sind Baukosten in Höhe von 180 Millionen Mark vorgesehen, die größtenteils auf dem Anliehweg beschafft werden sollen. Zinsen und Amortisationen erfordern jährlich 10 Millionen Mark. Durch den Kanalbau könnten mittelbar und unmittelbar 30 000 Arbeiter Beschäftigung finden. Der erste Teil der Kosten soll aus Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden. Nach Mitteilungen des Regierungspräsidenten steht die Reichsregierung dem Kanalprojekt sympathisch gegenüber.

Wiederaufnahme des Betriebes.

Auf wie lange?

Hörde, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwertung der Vereinigten Stahlwerke hat die Wiederaufnahme des des Thomaswerkes, des Blochwerkes und eines 700-Tonnen-Hochofens des Hörder Vereins der Höhnig-L.G. angeordnet. Die Wiederaufnahme der seit Wochen stillliegenden Werke erfolgt wegen besseren Einganges von Aufträgen infolge des englischen Bergarbeiterstreiks. Für die Geschäftslage der Vereinigten Stahlwerke L.G. teilt die Hauptverwaltung mit, daß die Belegung infolge der Auswirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks anhält. Auch in der letzten Zeit sind wiederum den Vereinigten Stahlwerken L.G. einige ursprünglich für England bestimmte Aufträge zugefallen.

Der britische Gewerkschaftsbund.

Die Machtbefugnis des Generalrats.

(S.B.) Der britische Gewerkschaftsbund hat kürzlich die provisorische Tagesordnung für den am 6. September in Bourne-mouth stattfindenden Kongress veröffentlicht. Nicht weniger als neun Resolutionen beschäftigen sich beziehungsweise mit der Frage der Befugnisse des Generalrates, von denen nur eine einzige für eine Einschränkung eintritt. Diese Resolution geht vom Verband der Pfahlerer aus und schlägt vor, daß vor jedem Generalkongress eine Abstimmung der angeschlossenen Organisationen stattfinden muß. Alle übrigen acht Entschließungen sind dafür, den Generalrat für zukünftige Konfliktsfälle mit größerer Machtvollkommenheit auszustatten.

Der Verband der Maschinisten z. B. fordert, daß der Generalrat Befugnis erhält, zum Zwecke einer teilweisen oder völligen Arbeitsniederlegung einige oder sämtliche angeschlossene Organisationen aufzurufen. Wie man sieht, sind die Organisationen darauf bedacht, sich für ihren Kampf in der nächsten Zeit noch besser zu rüsten. Mittlerweile sind die Reaktionen ihrerseits fleißig an der Arbeit, um ihre Propaganda für die Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten fortzusetzen.

Neue Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr waren die Gruppen: Hermannplatz: Jugendheim Eberstr. 11, Ede Hochstraße: Reichereinführung und Redemittels. Wedding: Jugendheim Gertrudstr. 65-66. Volkshausabend im Freien. Treffpunkt 7 Uhr Amrummer. Ede Weisstraße: Oberkammerweider Jugendheim Kaulener Str. 2 (Koler Soal). Diskussionsabend: „Unter Wobler“.

Jugendgruppe des I.D.H. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr Besprechungen folgender Abteilungen: Oden: Jugendheim Große Frankfurter Str. 18 (Zimmer 6). Ausspracheabend: „Ehnen der Wälder“. Gabel: Jugendheim Kaiserstr. 66. Besprechungsabend: „Ehnen der Wälder“. Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7-10. Vortrag: „Wirtschaftsdemokratie“. Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Vortrag: „Die wirtschaftspolitische Lage“.

Schöneberg, Zimmererei: Die Jungkameraden treffen sich morgen, Sonnabend, abend 6 1/2 Uhr an der Normalstr. 20. Besprechungsabend am gemeinsamen Ausflug. Kosten etwa 1,50 M. Jugendleitung des Zimmererverbandes.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: H. Gaforn; Kultur: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Artur Reuter; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Eisner u. Co., Berlin SW 48, Lindenstraße 1. Sitz: 2. Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Boa-Lie
Zitronen-Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausschank: Erfrischungsraum

Lebensmittel

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Soweit Vorrat. Leicht verderb. Artikel können nicht zugesandt werden

Wurstwaren

Landleberwurst . . . Pfund	1.10	Mettwurst <small>Braunschweiger Art</small> . . . Pfund	1.50
Rotwurst Pfund	1.10	Feine Leberwurst Pfund	1.60
Große Mettwurst Pfund	1.35	Fleischwurst . . . Pfund	1.60
Schinkenwurst . . . Pfund	1.35	Zervelat u. Salami Pfund	1.80
Speck fett u. mager, Pfd.	1.45	Schinkenspeck . . Pfund	1.95
Jagdwurst Pfund	1.50	Nußschinken ca. 2 Pfund schwer, Pfd.	2.00

Rosenthaler Str., Königstr. u. Moritzplatz

Dampf- u. Speckwurst M. 1.10 Bier- u. Teewurst Pfund 1.75

Gebraunter Kaffee

eigene Rösteri	
Konsum-Mischung Pfund	2.40
Haushalt-Misch. . . Pfund	2.60
Sonder-Mischung Pfund	3.00
Olympia-Mischung Pfd.	3.40
Globus-Mischung Pfund	3.80
Residenz-Misch. . Pfund	4.20
Elite-Mischung . . Pfund	4.60

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund	80 Pl.
Kalbskamm u. -Brust . . . Pfund	65 Pl.
Kalbsrücken Pfund	68 Pl.
Kalbskeule ganz und geleilt . . . Pfund	80 Pl.
Hammelvorderfleisch u. Rücken Pfund	80 Pl.
Schweinebauch u. Blatt m. Beilage Pfund	90 Pl.
Schweinekamm u. Schutt, ohne Fett, Pfd.	1 20
Starke Liesen Pfund	80 Pl.
Käbler ohne Knochen Pfund	1 20
Gehacktes Fleisch Pfund	75 Pl.
Fettes Gefrierfleisch . . . Pfund	50 Pl.

Fische Räucherwaren

Kabeljau ganze Flasche ohne Kopf, Pfd.	0.10 0.18	Schellfische . . . Pfund	0.24
Rotbars ganze Flasche ohne Kopf, Pfund	0.18	Seelachs Pfund	0.38
Schellfische Pfd.	0.18	Fettbücklinge . . Pfund	0.45
Leb. Schleie . . . Pfund	1.20	Aale Pfd. 2.40 2.90 Bund	0.48
Leb. Aale . . Pfund von	1.60 an	Räucherlachs 1. Stck., Pfd.	0.95
		Matjesheringe 3 Stück	0.20

Kolonialwaren

Kartoffelmehl . . . Pfund	0.19	Hartgrieß Pfund	0.30
Tafelreis Pfund	0.22	Sago Pfund	0.34
Schnitt-Nudeln mit Eizusatz, Pfund 0.45			

Am Freitag und Sonnabend in den Erfrischungsräumen:
1 Portion Speise-Eis Vanille mit Frucht **20 Pl.**
Für die Kleinen:
1 Tasse Schokolade
1 Windbeutel mit Schlagsahne **zusammen 25 Pl.**

Wein

Frankfurter Apfelwein „Rackles Urquell“ 0.60	1921 Bullayer Herronwald	kräftig, blumig	1.35
1924 Planiger Rosenbg. süßl., mild 0.85	1921 Piesporter	mild vornehm	1.75
1924 Nitteler Leiterchen	San Antonio	kräftig, span. Rotwein	0.95
Riesling spritziger Mosel 0.95	1918 Medoc	gepflegter Bordeaux	1.25
1922 Saarburger pikanter Saarw. 1.15	Weinbrand Marke „Bio“		3.00
1923 Forster Straße feinblumiger Pfälzer 1.15	Carte Blanche Frucht Schaumwein	einschl. Flasche u. Seksteuer	1.30
1922 Rüdesheimer Sotter Rheingauer 1.35	Feine Fruchtsäfte mit 1a Raffinade, einschließlich Glas		
Kirsch-, Zitronen-, Johannisbeersaft 1/2 Fl. 0.75 1/4 Fl. 1.30	Himbeersaft 1/2 Flasche 0.80 1/4 Flasche 1.40		

Obst u. Gemüse

Tomaten Pfund	12 Pl.	Wirsingkohl Pfd.	5 Pl.
Weinbirnen Pfd.	15 Pl.	Möhren <small>gewaschen</small> Pfund	5 Pl.
Pflaumen <small>gelbe</small> Pfund	23 Pl.	Bohnen gr. 2 Pfd.	15 Pl.
Strudeläpfel Pfd.	23 Pl.	Gurken <small>grüne</small> Stück von	10 Pl.
Natten . . . Pfund	42 Pl.	Rotkohl <small>Holländer</small> Pfund	12 Pl.
Pfirsiche <small>(verdr.)</small> Pfund	38 Pl.	Blumenkohl <small>kapf</small> v. v.	25 Pl.
Zitronen Dutzend	38 Pl.	Zwiebeln <small>neue</small> Pfd.	12 Pl.
Neue Kartoffeln 5 Pfund 22 Pl.			

Käse u. Butter

Camembert vollfett, Stück	0.15	Tilsiter vollfett . . Pfund	1.05
Romatour Stück	0.18	Schweizer <small>dän.</small> Pfd.	1.05
Stangenkäse . . . Pfund	0.42	Margarine Pfund	0.56
Gouda <small>dänischer</small> . . Pfund	0.68	Tafelbutter Pfund	1.75
Edamer Pfund	0.70	Tafelbutter <small>dänische</small> Pfd.	1.95
Emmentaler <small>ohne Rinde</small> Karton	0.78		



kleiner und damit billiger, der Raum im Schiff aber gleichzeitig größer wird. Erst wenn diese Versuche abgeschlossen sind, geht der Schiffsbauer an die Raumverteilung heran, die er unter genauester Beachtung der Wünsche der Reederei und der Vorschriften der Klassifikationsgesellschaften und der Seevertragsgenossenschaft, die sich auf die Sicherheit des Schiffes beziehen, durchzuführen hat. Erst dann können die Aufträge für die Ausgestaltung der Räume an Architekten, Dekorationsfirmen, Möbelfabriken usw. vergeben werden. Gleichzeitig werden die Maschinen, die zum Einbau kommen sollen, bestimmt und in Auftrag gegeben.

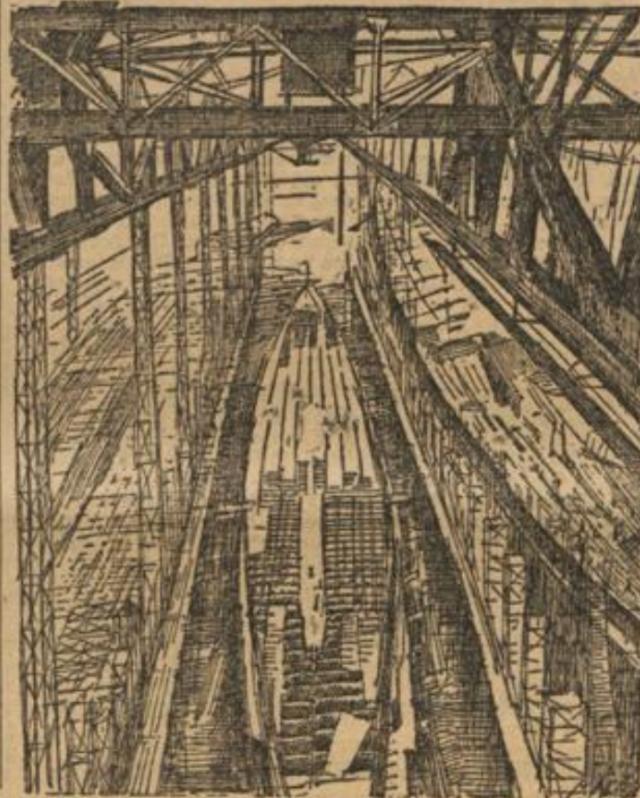
Die Arbeit auf dem Helgen.

Nun wandern die Zeichnungen im breiten Strom in die oberen Werkstätten. Die großen Blechbiegemaschinen, die Blechwalzen und Säheren, die Lochstanzen, die Hobel- und Bohrmaschinen der Schiffsbaumaschinen packen die Eisenbleche, Winkel- und sonstigen Formeisen, schneiden und walzen sie zu den feinsten Formen und aus ihnen baut sich dann auf dem Helgen das Gerippe des neuen Schiffes auf. Die großen Eisenwerke liefern dauernd die vielen Sorten, die hier zum Zusammenbau kommen sollen. So strahlt sich ein Schiffsbau bis in die Bergwerke und andererseits wieder bis in die Wälder aus, die die Holzmassen hergeben müssen, die auch in den großen Eisenwerken zur Verwendung kommen. Eine schier unübersehbare Organisation, in der fast alle Berufe und Arbeitsmethoden zu finden sind, hat zu leben und zu wirken begonnen. Auf

dem Helgen streckt sich das Kielgerüst auf schweren Fundamenten. Diese Fundamente, auf denen sich die Krangerüste der Schiffsbauanstalten erheben, fordern viele Arbeit und Sorgfalt bei ihrer Anlage, wenn sie die Belastungen, denen sie ausgesetzt sind, dauernd widerstehen sollen. Die Spanten, die Rippen des Schiffes, reden sich, streben empor, eiserne Deckbalken verbinden sie. Sonst aber werden sie zunächst provisorisch in ihrer endgültigen Lage festgehalten, bevor sie die Platten aufnehmen, die die Außenwand des Schiffes und die verschiedenen Decks bilden. Wenn die Werk über einen gut durchgeübten Arbeiterflaum verfügt, kann sie es wagen, viele der schiffbaulichen Einzelteile vorher in den Schiffbauwerkstätten selbst fertig verarbeiten zu lassen, ehe sie den Weg zum Helgen antreten. Welsch aber macht man erst auf den Helgen Schablonen aus dünnem biegsamen Holz, zeichnet die zu bohrenden oder stanzenden Löcher vor und läßt erst danach die Teile in der Schiffbauwerkstatt bearbeiten. Bei dieser Methode kommt die Werk mit weniger geübten Arbeitern aus. Die Arbeit selbst aber erleidet manche Verzögerung, da nur ein Teil nach dem anderen auf diese Art anzupassen ist. Und doch ist es erstaunlich, wie sich alle Einzelteile zum Ganzen fügen. Fast unmerklich ist es, wie sich der ungeheuerliche Wirrwarr ordnet und sich schließlich zu einem wohlgeformten Schiff gestaltet. Und wenn sich oft schon die äußere Form dem Beschauer darbietet, so daß ihm der Eindruck von etwas Fertigen entsteht, werden immer noch neue Teile in den Schiffskörper hineingebaut und es hat den Anschein, als könnte sich ein Bau niemals vollenden werden.

Der Stapellauf.

Endlich ist der große Augenblick gekommen, in dem der Koloss dem Wasser übergeben werden soll. Dann geht ein Aufatmen durch die Werk. Eine kurze Pause, in der festlich gekleidete Menschen in Tätigkeit treten, viele, die bisher nur sehr indirekt an dem Bau beteiligt waren: die Gäste, die man eingeladen hat zu der Schiffstaufe, die je nach den äußeren Umständen mit mehr oder weniger Aufwand feierlichst begangen wird. Der Stapellauf, der sich an den Taufakt anschließt, der beginnt, nachdem die Champagnerflasche an dem stählernen Bug zerplatzt, ist immer ein aufregendes Ereignis. Selbst dann, wenn alle Berechnungen noch so sicher und alle Vorbereitungen noch so gut getroffen sind und die Werk auf jahrzehntelange Erfahrungen zurückblickt. Das große Schiffsgewicht, das an sich bestrebt ist, den Helgen zu verlassen, wird daran durch Brechmaszylinder gehindert. Sowie nun beim Oberleitungsstand des Stapellaufs das telephonische Zeichen zum Ablauf eintrifft, wird das Bremswasser aus den Frezylindern herausgelassen und der große Schiffskörper setzt sich erst langsam und dann immer schneller auf der geschmiedeten Ablaufbahn in Bewegung. Aufmerksamkeit prüft der leitende Ingenieur die Wehgeräte, die ihm das Verhalten der Kräfte beim Ablauf melden. Wenn alles gut geht, wenn das Schiff mit der vorher berechneten günstigsten Geschwindigkeit abläuft, dann taucht zunächst das Heck vorschriftsmäßig ins Wasser, schiebt eine große Flutwelle vor sich her und bald macht dann auch der Bug seine Verbeugung vor dem Helgen, als ob er danke für das Werk, das an ihm hier verrichtet wurde. Aber die Zeitspanne, die zwischen dem ersten Aufschwimmen des Hecks, bei dem also ein großer Teil der



An der Waterkant rogen hohe Gerüste aus Stahl und Eisen auf: die Helgen der Schiffswerften, auf denen aus unzähligen Einzelteilen die Ozeanriesen geschaffen werden, die später von Maschinen- oder Windkraft getrieben, Meere überbrücken sollen, um den Handel zu fördern, zu schützen oder leider auch oft genug zu zerstören. Zu tausenden vereint arbeiten dort die Menschen. Sie wimmeln durcheinander wie ein aufgeregter Ameisenhaufen. Ohrenbetäubend ist der Lärm der Luftdruckwerkzeuge, erstickend die Atmosphäre in den Eingewänden der neuen Schiffe, wenn der Schneidbrenner überflüssiges Eisen frist, wenn Niet an Niet sich schweißend in den gewaltigen Körper senkt, wenn ihn zur Einheit umzuformen, bevor er auf schräger Bahn hinabgleitet in das schmutzige Wasser, das gefüllt ist vom Staub der Arbeit. Alle diese Menschen wissen, wie ein Schiff entsteht. Sie wissen um die mühselige nervenzerrübende Arbeit, die sie leisten müssen, bevor der Bug die Wogen teilt, sie wissen auch von den Opfern, die diese Arbeit fordert, Jahr um Jahr. Der Festlandsmensch ist begeistert, wenn er das fertige Wunderwerk der ungezählten Namenlosen sieht, mit ehrfurchtsvollem Staunen hört er die Zahlen, die die Größe der Leistung kennzeichnen.

Vor Baubeginn.

Über lange bevor der Kiel gestreckt wurde, haben Geistesarbeiter haarfeine Überlegungen angestellt, welcher Art das neue Schiff werden sollte. Dem blinden Walten des Zufalls darf kein Raum gelassen werden. Die Reedereien äußern vor der Bestellung ganz genaue Wünsche. In den Konstruktionsbüros der größeren Reedereien ist man sich von vornherein über Schiffgröße, Geschwindigkeit und sonstige Forderungen klar geworden, die unter Errechnung der größtmöglichen Rentabilität ausgeklügelt wurden. Die großen Schiffahrtsgesellschaften arbeiten bis ins einzelne gehende Bauvorschriften aus, wobei ihnen jahrzehntelange aus der praktischen Verwendung von Schiffen gewonnene Erfahrungen zur Verfügung stehen. Diese Bauvorschriften geben dann die Grundlage für den Wettbewerb der Werften, die nun unter Berücksichtigung ihrer Werkstatteinrichtungen und sonstigen Produktionsbedingungen ihre Preise und Lieferzeiten berechnen müssen. Schiffskörper, innere Einrichtung und Maschinenleistung sind ausschlaggebend für die Preisgestaltung. Kann sich die Werk bei ihren Berechnungen auf früher ausgeführte ähnliche Schiffe stützen, so wird ihre Arbeit wesentlich erleichtert. Oft aber handelt es sich um die Schaffung völlig neuer Schiffsgattungen. Dann wachsen ihre Arbeit und ihr Risiko, denn zahlreiche, vorher nicht zu übersehende Einflüsse können sich hier im Gegensatz zu denjenigen Fabriken, die auf Serienfertigung eingestellt sind, störend bemerkbar machen. Dann beginnt zunächst das Studium am Modell. Modellversuche in den vorhandenen Versuchsanstalten werden in der gründlichsten Weise durchgeführt, um einwandfreie Werte für den Wasserwiderstand und der sich daraus ergebenden Maschinenleistung zu erhalten. Natürlich versucht man dem Schiffskörper eine solche Form zu geben, daß der Widerstand im Wasser auf ein Mindestmaß herabgedrückt wird, so daß auch die Maschinenanlage

Marcia Reale.

Novelle von Andreas Lohso.

Cesare Pasquali war Leinenweber in einem kleinen ligurischen Städtchen gewesen, bis ihn der Krieg um zwei Finger der rechten Hand gebracht hatte. Vom Tage seiner Heimkehr aus österreichischer Gefangenschaft bis spät in das Jahr 1922 hinein hatte der gute Cesare unermüdlich seinem Berufe nachgetrauert, und es gab im ganzen Städtchen bald keinen Menschen mehr, der nicht Reizhaus nahm, wenn in der Ferne die Gestalt des verkrüppelten Pasquali auftauchte. Nur der Wirt der Osteria ließ sich bei einem Gläschen seines elenden Kräuters immer wieder die lange Geschichte erzählen und bestärkte Pasquali kopfnickend in seinem Haß gegen den schurkischen österreichischen Stabsarzt, der die kaum beschädigten Finger abgetupft hatte, wie man die Asche von seiner Zigarette streift.

Aber der Wirt verschenkte weder seine Gläschen, noch seine Anteilnahme umsonst, und so waren die geringen Habseligkeiten des einstigen Leinenwebers, seine Werkzeuge, seine Sonntagskleider, sein Bett, der ganze stolze Erwerb von zwanzig Arbeitsjahren, Stück für Stück, zum Trödel nach Savona gewandert, bis die leere Wohnung dem Hausherrn keine Gewähr mehr für die Miete bot. Die halbe Stadt stand gaffend da, als das schön gemalte Schild, auf welchem Pasquali seinen Namen hatte buchstabieren gelernt, abgehängt wurde; dann ging jeder befriedigt an seine Arbeit, ohne daß es auch nur ein einziger alter Beschlupf für nötig gehalten hätte, dem Auswandernden das Geleit wenigstens bis vor das Stadttor zu geben.

Ohne jede andere Habe, als was er gerade auf dem Leibe trug, stand der einst geachtete Mann auf der Höhe des Kaloariberges und sah zum letztenmal auf seine Heimatstadt zurück. Vor ihm dehnte sich tief atmend das Meer, hineingehängt in das strahlende Blau stürzten Kaskaden von Rosen und Geranien von allen Mauern, gliederten wie versprühte Blutstropfen auf dem straff gespannten Himmelszelt. Es war der Garten der Erde, den Pasquali bis Genua zu durchqueren hatte auf der weißen Straße, die vor ihm hertief, — unverwundbare Fußspur des großen Napoleon, der sie für sein königliches Schachspiel hatte in das Ufer schneiden lassen.

Schön war die Heimat! Verlockend prahlte die Natur mit ihren Reizen, verlockend — aber so lähmend hochmütig, so eifrig teilnahmslos, wie ein unabbar schönes Weib, das lächelnd über die Leichen seiner Verehrer hinwegschreitet, blind für alles, was nicht seine eigene Schönheit schmückt. Pasquali, der Analphabet, war nicht der Mann, diesen

frostigen Gleichmut zu deuten. Er ahnte gar nicht, warum die schimmernde Ferne sich so schmerzhaft gegen sein Brustbein stemmte, als sollte er zurückgepreßt werden an die Mauer der Stadt, die er eben stehend verlassen hatte. Sein Kummer wog noch einmal so schwer unter dem endlosen Himmelsgewölbe, aber seine Einsicht sah den Jörn nicht, der sich auflehnte gegen dieses gleichmäßig frohe Leuchten über Dual und Freude, über dem Singen der Kinder auf dem Spielplatz, wie über seinen ratlosen Kummer, über dem hüpfenden Sterben der Fische, die unten am Hafendamm aus den Netzen kolkerten, und dem seligen Schweben der Röhren im Blau. Seine Einsicht wußte nur von der Kränkung, die ihm die Menschen angetan hatten, und seine Wut prallte zurück, von dem großen Hohn, der sein Elend vergoldete, auf die zusammenströmenden Dächer dieser herrlichen, undantbaren Stadt. — Kein einziger Begleiter. . . . Nicht ein einziger Segenswunsch auf den Weg. . . . In einer Woche würde kein Mensch sich mehr daran stoßen, daß ein fremdes Gesicht aus dem Fenster des Leinenwebers Pasquali sah. Nach der verdorrten Palme, die man auf der Promenade hatte ausgraben müssen, war eine empfindlichere Lücke geblieben! . . .

Was hatten eigentlich die Menschen gegen ihn? . . . Er hätte wohl in Tagelohn gehen sollen? Ja, war es denn jemand zufrieden, mit acht ungeübten Fingern bedient zu werden, wenn er für das gleiche Geld zehn gelernter Finger haben konnte? Selbst bei der Mlaoernie hatte man ihn nur widerstrebend eingestellt und das Geld wie ein Almosen vorgezählt, als hätte er sich nicht redlich den Rücken dafür zerbrochen, genau wie die anderen. . . . Alles nur, weil er eben Pasquali, der Leinenweber war. Ein Krüppel!

Klatschend stampften seine Schuhe die staubige Straße, er blieb nicht stehen und sah nicht zurück, ehe er nicht die Mitte der nächsten Bucht erreicht hatte, und sicher war, keine Turmspitze und kein Rauchföhnen mehr zu erblicken von seiner Vaterstadt. Zweiundvierzig Lebensjahre hatte er da abgelebt, und nichts, gar nichts zurückgelassen, wovon er hätte denken können: „Das wird mich doch immer wieder hierher zurückziehen!“ Von niemandem konnte er sagen: „Der wenigstens wird sich freuen, wenn ich einmal wieder komme!“ Hätte er statt seiner Finger sein Leben am Monte Grappa gelassen, er wäre wenigstens ein Gesprächsstoff geblieben, ein Name auf der steinernen Säule vor dem Rathaus. So aber war er mehr als tot, — ausgelöscht, als hätte er nie gelebt. . . .

Was immer unterwegs seine Augen streifte, jeder Baum, jedes elende Gras hatte sich mit Wurzeln in eine bestimmte Stelle eingegraben! Der klaffende Rötter, den er sich mit einem Steinwurf vom Leibe schaffte, galoppierte heulend einem bestimmten Haustor zu und bellte ihm von dort herausfordernd

nach! . . . Alles war irgendwo daheim, irgendwo auf seinem Platz. Eine angefaule Orange, die er gedankenlos in die Luft geschleudert hatte, war klatschend niedergefallen ins Gebüsch, — für jedes Steinchen gab es einen Fleck, wohin es zurückfallen konnte. Durfte man einen Menschen so hinausgleitern ins Leben, ohne Ziel, ohne irgendeine Jussucht im Rücken? . . .

Einen . . . einen Ort zwar . . . einen einzigen . . . wußte auch er! Wie anders war sein Abschied in dem fremden deutschen Bergdorf von den Feinden gewesen, als er wenige Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes mit seinem kleinen Ranzen in die Eisenbahn stieg! Brot und Speck hatten ihm die guten Leute zugesteckt, das ganze Dorf hatte ihm noch die Hand drücken wollen, und die Kinder der Bäuerin, bei der er gewohnt und gearbeitet hatte, waren hinaufgelaufen über die Lunneleinfahrt, um ihm nachzuwinken. Ordentlich warm wurde es ihm bei der Vorstellung, er könnte aus freiem Willen dorthin zurückkehren, wo er stöhnend vor Heimweh zwei Jahre verschmachtete hatte. . . . Wie sie überrascht aufspringen würden auf dem „Ueberackerhof“, dessen Namen er nie erlernt hatte, rein auszusprechen. Bestimmt bekäme er sofort einen Köffel in die Hand gedrückt und einen Platz eingeräumt an der gemeinsamen Schüssel.

Und die Bäuerin? . . . Pasquali fühlte ein molliges Brideln in den Gedärmen bei der Erinnerung an die gute Frau, die es jetzt nicht leicht haben mußte, mit den sieben noch nicht arbeitsfähigen Kindern, ohne männliche Hand im Hause. Er dachte an den denkwürdigen Abend, an welchem aus Russisch-Polen die Nachricht eingetroffen war, daß die Bäuerin nun Witfrau sei, und er, der Fremde, der „Feind“, den man damals noch allabendlich in die Heutammer einschloß, den brüllenden Säugling aufgenommen und gestreichelt hatte, um der Frau, die nichts von seiner Sprache verstand, auf dem Umwege über das Kind seine Teilnahme auszudrücken. Sie hatte ihn auch verstanden. . . . denn damit hatte ihre Freundschaft begonnen, . . . und . . . dann . . . Cesare Pasquali schmunzelte zufrieden vor sich hin, die Augen in die Ferne, wo in dem Dunst, den Meer und Himmel webten, die blinzeln Petroliumlampe schaukelte und — die Hände über dem Tisch vereint, er und die Bäuerin saßen, keines des anderen Sprache mächtig, . . . verlegen . . . und doch bis in die pochende Kehle hinaus ausgefüllt von einer heißen Strömung, die sie einander entgegentrieb. . . . Pasquali wollte sofort des Teufels werden, nie im Leben Glück haben, nie sich einen Tropfen Wein durch die Kehle rieseln lassen, wenn in der vermaledeiten Stadt in diesem ganzen Land, das doch seine „Heimat“ hieß, irgendjemand lebte, dem es nur halb so viel Spaß machen würde, den Cesare Pasquali wieder zu sehen als den braven Austriaci da oben! (Fortsetzung folgt.)

Dass vom Wasser aufgenommen wird, während das Schiff zum anderen Teil noch von dem Ablaufschlitten am Bug getragen wird, bevor es völlig frei schwimmen kann, ist der kritischste Augenblick des ganzen Vorganges. Ein Nachlassen der Geschwindigkeit in diesem Zwischenraum, irgendwelche unvorhergesehenen Hemmungen können das Schiff zum Kentern bringen. Augenblicke können dann die Arbeit von Monaten vernichten. Die Geschäfte des Schiffbaues wecheln von solchen mißglückten Stapelläufen, von solchen Katastrophen zu berichten. Wenn nun das Schiff glücklich im Ausruhthafen schwimmt, dann beginnt die innere Ausrüstung des Riesenbaues. Schwere, himmeltragende Portalkräne heben die fertigen Kessel oder Maschinen wie Spielzeuge und lassen sie im Schiffsinnern verschwinden. Ungezählte Eisenkonstruktionsteile wandern immer wieder den gleichen Weg, unzählige Male heben und senken sich die Arme, unfähig erscheint die Menge all der Dinge, die ein Riesenriff verpacken kann, bevor man mit Zug und Recht folgen kann, daß es fertig sei. Endlich tun die Maler und Tischler und Dekorateur ihr Werk. Die farbesten Farbtöne und Stoffe, Gemälde und Möbel halten fröhlichsten Einzug in die Kabinen und nach geraumer Zeit ist der eiserne Rohbau im Innern von Holz und Marmor und Farbe überdeckt. Niemand ahnt mehr, wie schmutzig und verrostet nach das Ganze auf dem Heigen ausah.

Die letzten Handwerker haben noch nicht ihre Arbeit vollendet, dann beginnen schon die Probefahrten, die bei wertvollen Schiffen sehr viel Zeit erfordern. Genau werden die Leistungen der Haupt- und Nebenmaschinen gemessen, der Kohlen- bzw. Brennstoffverbrauch für eine Reihe von Geschwindigkeiten festgestellt, alle Hilfsmaschinen, die Kühl-, Ventilations- und Heizvorrichtungen werden sorgfältig geprüft, die Steuerfähigkeit wird untersucht, die Schiffs- und Maschinen-schwingungen werden gemessen und vieles andere mehr. Erst wenn eine große Zahl solcher Versuche bewiesen hat, daß die von der Reederei gestellten und von der Werft garantierten Forderungen erfüllt sind, wird das Schiff abgenommen. Dann erst kann es den Weg zum Heimathafen antreten und seinen Alltagsdienst beginnen.

Freie Bahn dem Flegel?

Es ist nicht immer angenehm, Ordnungsperson zu sein. Was soll der gute Straßenbahnfahrer machen, der auf dem Ost-Westring fährt und in den Spätabendstunden mit einem auf so hoch frisiertem Herrn fast täglich aneinandergerät? Der Ringwagen fährt die Vühwitrage hinauf in Richtung Vühkompf. In der Nähe des Magdeburger Platzes gibt es ein mächtiges Hallo — „Stehenbleiben, zum Donnerwetter stehenbleiben,“ freischt eine Stimme, die sich in wilder Erregung überschlägt. Und drei kernige Flüche schmettern hinter dem Wagen her. Der Schaffner, ein älterer, schon weihhaariger Mann, schüttelt den Kopf. — „Hier ist keine Haltestelle“, ruft er zurück. „Weiter oben müssen sie einsteigen.“ — Hätte der Einsatz Begehrende den Schaffner etwas höflicher angedeutet, so würde er sicherlich den Wagen angehalten haben. Nun bricht der Sturm los. In virtuosen Galoppstrümpfen setzt das menschliche Gewitter der Straßenbahn nach, mit einem Satz springt der Ungeheuer auf das Trittbrett, stößt den verdutzten Schaffner brutal zur Seite und gibt das Haltesignal. Jählings wendet er sich zur Seite und überschüttet den Straßenbahner mit einer Flut von beleidigenden Ausdrücken. Der Eindringling ist ein sehr gut und modisch angezogener Mann mit einem koketten Spazierstöckchen, und einem knochigen, unruhigen Gesicht. Alles an ihm zeigt verlogene Eleganz und Energie. Jetzt wird der Wagen rebellisch. Die empörten Gäste wenden sich gegen den Störenfried. Der Schaffner zuckt die Achseln. „Der kann mich nicht beleidigen.“ Er läßt ihn oben auf dem Perron, bis dem Talmi-Energischen die Situation zu ungemütlich und die Mienen des Publikums zu bedrohlich werden. Nach vier Stationen steigt er aus. Vermutlich, um auf die nächste Straßenbahn zu warten. Wozu also die Aufregung? — Kerren? — Sagen wir lieber Flegelchen, das klingt weit ehrlicher.

Zum Einsturz des Funkmastes. Weil ein Haltefehl durchgerostet war.

Bei dem Vorkalender, der gestern mittag am Magdeburger Bloch zur Feststellung der Ursache des Funkmasteinsturzes unter der Leitung von Oberbaurat Rahle von der Baupolizei des Bezirksamtes Tiergarten stattfand, wurde auf Grund eingehender Prüfung ermittelt, daß der Einsturz des hölzernen Funkmastes auf ein Durchrosten eines der Drahtseile zurückzuführen ist. Eins der vier Haltefeile war in unmittelbarer Nähe der Verankerung mit den anderen drei Drahtseilen von dem Rost so stark angegriffen, daß es bei dem herrschenden Winde dem Druck nicht mehr standhielt und zerbrach. Wie wir hören, hat Oberbaurat Rahle angeordnet, daß aus Sicherheitsgründen auch die vier Seile, mit denen der kleinere Funkmast befestigt ist, ausgetauscht und gegen neue Drahtseile ausgetauscht werden. Bis zur Fertigstellung der neuen Drahtseile sollen die Funkmaste behelfsmäßig mit dicken Hanftauen festgemacht werden. Die neuen Drahtseile sollen derart eingerichtet werden, daß man sie zwecks Nachprüfung ihrer Haltbarkeit und Beschaffenheit alljährlich abnehmen und auf ebener Erde nachsehen kann. Wie wir hören, läßt sich von einer Schuldfrage oder Fahrlässigkeit der ausführenden Firma keineswegs sprechen, da die Anlage bisher nur sehr schwer überholt werden konnte. Von der städtischen Baupolizei werden alle Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit derartiger Anlagen zu gewährleisten, die unter Umständen für die Bevölkerung eine große Gefahr bilden können.

Ein Empfang. Der seinerzeit im Tschelaprozess zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Kraftwagenführer Adolf Bröner, ist gestern, nachdem er seine Strafe voll verbüßt hatte, aus dem Zuchthaus zu Brandenburg entlassen worden. Er wurde von seinen Angehörigen auf dem Potsdamer Bahnhof empfangen und nach dem Blücherplatz begleitet, wo eine Abteilung des roten Frontkämpferbundes mit Fahnen und Musik, ihn einen feierlichen Empfang bereitete.

Fürstlicher Hochkapler. Das sichere Spielsystem.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg begann gestern ein umfangreicher Betrugprozess gegen den russischen Fürsten Nikolai von Massaleyn. Er wurde beschuldigt, in einer Reihe von Städten Hotels und Pensionen durch Ausgabe ungedeckter Schecks geschädigt zu haben. Außerdem hatte er eine Reihe von zweifelhaften Geschäftsgründungen unternommen, bei denen er zahlreiche Personen hineingelegt haben soll. Einem Kaufmann in München hatte er die Geschäftsbeteiligung an einem neuen Unternehmen in Aussicht gestellt und zunächst 4600 M. in Wecheln, dann noch einmal 7000 M. erhalten. Der Münchener hat sein Geld verloren. Dieser Münchener Fall mußte jedoch abgetrennt werden, da wichtige Zeugen fehlten. Bei seinen „Kreditentnahmen“ hatte der Angeklagte vielfach auf seinen angeblichen Familienschmuck und seine Güter in Rußland verwiesen. Nach dem Gutachten des Gefängnisarztes, der den Fürsten während der 14monatigen Untersuchungshaft häufig untersucht hatte, ist v. M. Kofainist und Psychopath, aber voll verantwortlich. Hervorstechend ist sein übergroßer Optimismus. Im Gefängnis sprach er stets davon, daß er mit größter Leichtigkeit allen Schaden sofort gut machen könnte, denn er habe nach der Wahrscheinlichkeitsberechnung ein totales Spielsystem gefunden, mit dessen Hilfe er die Spielbanken von Poppo und Monte Carlo sprengen könnte. Seit einiger Zeit ist der Angeklagte aus der Haft entlassen, scheint aber noch niemand gefunden zu haben, der Lust hat, sein Spielsystem zu finanzieren. Er beschäftigt sich jetzt nach seinen Angaben mit der Vertretung seiner Landsleute beim Amtsgericht und mit der Abfassung von Aufsätzen über russische Verhältnisse. Mit dem Monatsverdienst von 300 M. will er nun beginnen, die Schulden langsam abzuzahlen. Die Ergebnisse des Angeklagten in Rußland und Deutschland gaben das typische Bild eines Emigrantenkindes. Er entstammt einer der ältesten russischen Adelsfamilien. Sein Vater war im kaiserlichen Rußland General der Artillerie. Der Angeklagte selbst ist 1896 geboren und hat auf der Petersburger Adelschule seine Erziehung genossen. Als Freiwilliger nahm er am Kriege teil und wurde Offizier. Infolge mehrfacher Verwundungen mußte er aus dem Militärdienst ausscheiden und vollendete seine juristischen Studien, machte auch das Doktorgradum in Petersburg. Nach dem Umsturz betätigte er sich an den weisgarbistischen Unternehmungen gegen die russische Republik und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Es gelang ihm aber, sich einige Zeit in Petersburg verborgen zu halten und schließlich nach Finnland zu fliehen. Von dort gelangte er über Dänemark nach Deutschland. Hier lebte er zunächst von seinen Ersparnissen und von dem Verkauf von Schmuckstücken. Als die Mittel zu Ende waren, verfuhr er es mit Versicherungen und war auch eine Zeitlang politischer Agent der russischen monarchistischen Partei in Deutschland, bis er sich mit dieser wegen der Thronfolgerfrage überwarf. In dieser Zeit will er auch mit vielen führenden Persönlichkeiten der monarchistischen Bewegung in Deutschland in Beziehungen gekommen sein. Er überreichte dem Gericht ein Schreiben des Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Im Jahre 1923 wurde er aus Bayern ausgewiesen und über die Grenze gebracht. Dann begann er mit seinen Geschäftsgründungen. Die ungedeckten Schecks will er nur in der Erwartung auf größere Einkünfte in Zahlung gegeben haben. Am späten Nachmittag begannen die ersten Zeugenvernehmungen.

Noch einmal eine Kleinigkeit.

Alle Gebräuche halten sich mit der Starrsinnigkeit junger Dackel. Rein, nur nichts ändern. Wie schön waren nur die alten Zeiten! Wonach klingt denn „Platz der Republik“? Man denkt an Robespierre, St. Just, Gullotine. Wie anders dagegen „Königsplatz“. Der brave Bürger zieht sofort demütig den Hut und verfallt in tiefe Bücklinge, ja, er denkt an die Galaoper, die ihm der letzte Hohenzoller vorspielte. Also warum denn Schilde ändern, die die liebe Tradition wahren? Auf dem Kurfürstentplatz steht deshalb noch immer eine Tafel mit der ehrwürdigen Aufschrift „Zur Krolloper am Königsplatz“. Wenn auch die Krolloper republikanisch geworden ist, der „Königsplatz“ dahinter spricht von der ruhmreichen Vergangenheit. Wird man sich doch einmal entschließen können, hinter Krolloper die Worte am „Platz der Republik“ zu setzen. Zeit wäre es endlich. Aber alles, was auf die Republik Bezug nimmt, hat ja Zeit, und die sieben Kleinen möchten so ungern von ihrem Spielzeug lassen.

Die Aufbewahrungsgelder bei der Eisenbahn.

Vom 1. August werden die Gebühren für Aufbewahrung von Fahrrädern, Kinderwagen und dergleichen bei der Eisenbahn um 100 Proz., d. h. von 20 auf 40 Pf. erhöht. Diese Maßnahme trifft vor allem die kleineren Leute, die außerhalb Berlins Lauben besitzen, und am Abend oder am Sonntag dorthin fahren. Man sollte in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und der sinkenden Löhne von diesen Experimenten Abstand nehmen und endlich einmal auch die vom Glück stielmütterlich behandelten berücksichtigen. Es wäre wünschenswert, daß die beabsichtigte Erhöhung nicht in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

So wird darauflos gefordert!

Daß Dissidenten oft noch mit unberechtigten Kirchensteuerforderungen belästigt werden, ist im „Vorwärts“ schon an vielen Beispielen gezeigt worden, daß es nun wirklich bald genug sein könnte. Aber die Kirche, die auf eine Buchführung über ihren Mitgliederbestand verzichtet darf, und die Finanzämter, die den nicht kirchensteuerpflichtigen Dissidenten die irrtümlichen Kirchensteuerforderungen ins Haus schicken, sorgen immer wieder dafür, daß an neuen Beispielen kein Mangel ist. Stärkste Erregung ruft der ganz unverständliche Mißgriff hervor, daß manchmal ein Dissident sogar für eine Kirchen-gemeinschaft, zu der er nie in keinem Leben gehört hat, zur Kirchensteuer herangezogen werden soll. Einen Fall dieser Art meldet uns jetzt eben wieder aus Lichtenberg ein

Genosse, der vor sieben Jahren aus der katholischen Kirche austrat und vor jetzt dreieinhalb Jahren auch seine Frau zu diesem Schritt zu bewegen vermochte. Er ist höchst überrascht, daß ihm jetzt im Jahre 1926 vom Finanzamt Lichtenberg eine Veranlagung zur Kirchensteuer für die evangelische Kirche überandt wird, obwohl beide Eheleute niemals evangelisch gewesen sind. Bei den alljährlich im Herbst stattfindenden Personenstands-aufnahmen zum Zwecke der Steuerveranlagung hat dieser Dissident — verächtlich er uns — stets und auch im letzten Herbst wieder sich und seine Frau als Dissidenten bezeichnet, aber das hat ihn nicht geschützt. Der mit dieser Kirchensteuerveranlagung belästigte Dissident soll jetzt bei dem Gemeindefiskusrat der evangelischen Glaubens-gemeinde den Beweis führen, daß er der evangelischen Kirche nichts schuldig ist. Die Kirche geneht die ihr durch Gesetz zugewilligte Bevorzugung, daß bei einer irrtümlichen Steuerforderung nicht ihr der Beweis einer Steuerpflicht des Veranlagten, sondern dem irrtümlich Veranlagten der Beweis der Nichtverpflichtung zugeschoben wird. Will nicht die Kirche aus dem weitgehenden Recht, das ihr da eingeräumt ist, die Folgerung ziehen, daß sie es auch als Pflicht empfinden sollte, zur Verhütung von Mißgriffen alles zu tun, was ihr möglich ist? Will sie nicht endlich sich dazu herbeilassen, durch sorgfältige Buchführung über ihren Mitgliederbestand und die Grundlagen zu schaffen, auf denen eine von Irrtümern freie Kirchensteuerveranlagung durchgeführt werden könnte?

Das Ende der Reiseausweise.

Aus einem Rundschreiben des Reichlichen Ministers des Innern geht hervor, daß nach den auf Grund eines früheren Rundschreibens erstatteten Berichten im allgemeinen kein Bedürfnis für die weitere Beibehaltung der Reiseausweise besteht. Ein Reudruck des Formulars wird daher nicht mehr stattfinden. Soweit bei den Polizeibehörden Bordrücke für Reiseausweise noch vorhanden sind, können sie bei Bedarf aufgebraucht werden. Andernfalls werden die Polizeibehörden in Zukunft für Inländer, die der polizeilichen Aufmerksamkeit und Unterstützung auf einem bestimmten Reisewege empfohlen werden sollen, zweckdienlich Ausweise ohne besondere Muster ausstellen, für Ausländer wird in geeigneten Fällen der Zwangspass verwendet werden.

Die Magdeburger Morde.

Der Doppelgänger von Rudolf Haas gefunden. Magdeburg, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Untersuchung der Magdeburger Mordfälle ist man am Donnerstag insofern einen Schritt vorwärts gekommen, als es dem Kriminalkommissar Busdorf gelungen ist, den Doppelgänger von Rudolf Haas zu finden, auf den Schröder vor einigen Tagen, als er Haas gegenübergestellt wurde, hingewiesen hat. Der Doppelgänger ist der Magdeburger Direktionsvertreter der Berlin-Stuttgarter Versicherungsgesellschaft Thies. Er war am 23. Februar mit seinem Auto in Groß-Rottmersleben, wo er Schröder besuchte, weil dieser sich bei der Gesellschaft um einen Posten beworben hatte. Der Direktor sieht Rudolf Haas sprechend ähnlich. Nach der Feststellung des Doppelgängers rechnet man damit, daß Rudolf Haas im Laufe der nächsten Tage freige-lassen werden wird. Schröder hatte sich bei seiner Bewerbung um einen Posten bei der Versicherungsgesellschaft Dr. Schröder genannt. Als Thies in Groß-Rottmersleben nach Dr. Schröder fragte, antwortete man ihm, er meine wohl den ehemaligen Schmiedegesellen Schröder. Schröder hat seine früheren Angaben nochmals widerrufen und ein neues Bekändnis abgelegt, das sehr merkwürdig klingt. Er erklärt jetzt, er sei von einem schwarzahrenden Chauffeur aus Groß-Rottmersleben abgeholt und zum tschechoslowakischen Konsulat in Magdeburg gefahren worden. Hier sei in seinem Beisein von dem tschechischen Konsulatssekretär, von dem Chauffeur und von „Adolf“ der Mordplan gegen Helling ausgeheckt worden. Der Chauffeur habe Helling in einem Keller in Anwesenheit Schröders erschossen. Dann habe man die Leiche vergraben, bald aber wieder ausgegraben und in einem Bäckchen in der Nähe Magdeburgs vergraben. Schließlich habe man die Leiche auch von dort wieder abgeholt und in Schröders Keller verpackt. Kriminalkommissar Busdorf ist nach den neuen Feststellungen mehr denn je der Meinung, daß es sich um einen gewöhnlichen Raubmord handle, den Schröder an Helling beging. Vielleicht habe Schröder auch noch andere Morde auf dem Gewissen.

Unwetterkatastrophe in Serbien.

Über 100 Personen umgekommen. Belgrad, 22. Juli. (TU.) Die Gegend von Ipel wurde neuerdings von einer furchtbaren Wetterkatastrophe infolge eines Wolkenbruders heimgesucht, der die alferbische Stadt Kugawa bei Ipel innerhalb weniger Minuten vollkommen unter Wasser setzte. Zahlreiche Bewohner wurden von den Wassermassen in ihren Häusern überrollt, konnten sich nicht mehr retten und wurden unter den einstürzenden Häusern begraben. Nach privaten Meldungen der Belgrader Blätter sollen mehr als 100 Personen ums Leben gekommen sein. Bisher wurden 40 Leichen geborgen.

Abbruch des russischen Westeuropafluges.

Das Flugzeug des russischen Fliegers Schepanoff, der gestern nachmittag auf dem Flug von Berlin nach Köln in der Nähe von Dortmund zur Rettung gezwungen wurde, wurde bei dem Aufprall auf den Boden derart beschädigt, daß der Flug nach Köln und Paris ausgeben werden mußte. Die Landung erfolgte auf einer Wiese zwischen Vorheim und Reubedum. Hierbei wurden Telephondrähte und die Einmündung einer Wiese zerstört. Glücklicherweise kamen die drei Insassen des Flugzeuges ohne Verletzung davon. Der Doppeldecker wird nunmehr abmontiert und per Bahn nach Rostow zurückgeschickt.

Die Entscheidung über das Eisenbahnunglück im polnischen Korridor. Das Korridorschiedsgericht hat gestern mittag über die Eisenbahnkatastrophe bei Stargard die Entscheidung gefällt. Der deutsche Antrag, der das Unglück auf die schlechte Beschaffenheit der Eisenbahnstrecke Dirschau-Fischau zurückführte, wurde abgelehnt. In dem Urteil wurde festgestellt, daß das Unglück auf ein Attentat zurückzuführen ist.

Pudding-Woche!

bis Donnerstag, den 29. Juli

Reichelt's Qualitäts-Pudding à Paket 15 Pfg.

Schokolade / Mandel / Vanille / Himbeer / Zitrone

Wer 2 Pakete kauft, erhält 3 Pakete

6 : 10 : 15

Reichelt

Krebs und soziale Hygiene.

Der Krebskrankheit erliegen in Deutschland alljährlich mehr als 50 000 Menschen. Diese Zahl wächst ständig. In manchen Städten sterben ebensoviel Menschen an Krebs wie an Lungentuberkulose; dies bedeutet: jeder zehnte Mensch fällt dort dem Krebs zum Opfer.

Die Behandlung von Krebskrankheiten, insbesondere die chirurgische und die Strahlenbehandlung, haben in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Mit ihrer Hilfe bringt man zahlreichen Krebskranken Rettung, die sonst sehr bald dem Tode verfallen würden. Sicherlich hätten die Behandlungsmethoden noch in ganz anderer Weise, als dies bisher geschehen ist, ausgebildet werden können, wenn die medizinische Wissenschaft eines der großen Probleme gelöst hätte, das heute noch mehr oder weniger ein Rätsel ist: die Entstehung der Krebskrankheit. Zwar sind in den letzten Jahren einige wichtige Entdeckungen verschiedener Parasiten gelungen, die wohl sicherheitlich in einer bestimmten Beziehung zur Bildung von menschlichen Krebsgeschwülsten stehen. Die hervorragendsten Krebsforscher stimmen auch darin überein, daß vermutlich mehrere Ursachen — Reize verschiedener Art — zusammenwirken, die die Entstehung und das Wachstum von Krebs herbeiführen. Aber wie dem auch sei, die Frage der Entstehung der Krebsgeschwülste ist noch längst nicht gelöst.

Um zu einer Lösung des Krebsproblems zu gelangen, ist es nicht nur notwendig, immer wieder und wieder Laboratoriumsversuche auszustellen und Krebskranken zu beobachten. Dies genügt nicht. Reizt auch die sozialhygienischen Beobachtungen und Zusammenhänge, die die Krebskrankheit betreffen, müssen bei der Erforschung der Entstehung, Ausbreitung und Bekämpfung des Krebses mit in Rechnung gestellt werden.

Es ist deshalb besonders verdienstvoll, wenn Professor Karl Lewin vom Krebsforschungsinstitut der Charité, ein Arzt, der seit vielen Jahren namentlich auf dem Gebiete der experimentellen Krebsforschung arbeitet, sich über die sozialhygienischen Aufgaben der Krebsbekämpfung äußert. Er tut dies in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“ (1926, Nr. 6).

Der Krebs ist überwiegend eine Erkrankung des höheren Alters. Die größte Zahl von Krebskrankungen treffen wir erst im Alter von über 60 Jahren. Beim weiblichen Geschlecht tritt er erheblich häufiger auf als bei Männern. Der Grund hierfür liegt darin, daß Brustkrebs und Gebärmutterkrebs sehr häufige Formen der Krebskrankung sind. Bei Männern überwiegen Magen- und Darmkrebs.

Großen Einfluß auf die Entstehung der Krebskrankheit hat die wirtschaftliche Lage. Menschen, die in schlechten Wohnungen hausen, leiden gesundheitlich Schaden. Ein geschwächter Körper vermag der Krebskrankheit weniger zu widerstehen als ein gesunder. Ein recht bedeutsamer sozialer Faktor ist die Ernährung. Eine langandauernde Unterehrnahrung schwächt die Widerstandskraft des Körpers und leitet so dem Ausbruch des Leidens Vorschub. Ausreichende Ernährung dagegen gibt, wie gegen alle Krankheiten, so auch gegen den Krebs, einen natürlichen Schutz.

Als sehr ernst wird von vielen hervorragenden Krebsforschern die Bedeutung des Tabaks und des Alkohols bei der Entstehung des Krebses eingeschätzt. Das Rauchen fördert die Bildung von Krebs an den Lippen. Besonders schädlich ist die Tabaksbeize, die bei Tabakarbeitern recht oft Lippen- und Lippentrebs hervorruft. Der Alkohol spielt eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des Krebses der Verdauungsorgane. Wein- und Schnapsgenuß fördert besonders die Entstehung des Speiseröhrentrebses.

Neben Wohnungs- und Ernährungsstörungen ist die Art der Berufsarbeit für die Entstehung und die Verhütung von Krebskrankheiten von außerordentlich großer Bedeutung. Es können im Anschluß an Unfälle und äußere Verletzungen Krebse sich heranbilden. Dies ist auch in der Unfallrechtssprechung anerkannt. Nur nicht selten ist der Krebs als richtige Berufskrankheit aufzufassen. Es sind auch mehrere typische Erkrankungen als gewerbliche meldepflichtige Krankheitszustände (nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. Mai 1925) ausdrücklich anerkannt worden. In Frage kommen hier die Schädigungen durch Röntgen, Radium und Licht, welche zur Krebsbildung führen, der Lungentrebs der Schmelzberger Bergleute, der Krebs der Anilinarbeiter, sowie die bösartigen Geschwülste als Folge von Schädigungen durch Zinn, Kupf, Barium, Blei und Arsen.

Häufig sind Krebskrankungen der Blase und der Harnwege, die sich bei Anilinarbeitern als typische Berufskrankheit einzustellen pflegen. Als Ursache der Geschwulstbildung wird die Einatmung der Anilindämpfe angesehen. Dieser in den Betrieben entgegengewirkt, ist eine der wichtigsten Aufgaben der gewerblichen Hygiene. Außerordentlich bedeutsam sind die Geschwulstbildungen, die bei Arbeitern der Zinnindustrie und verwandter Betriebe durch Berufsschädigungen hervorgerufen werden. Man spricht von Zinnkrebsen. Oft sind dies Hautkrebs. Bei Schornsteinlegern findet man häufig Hodentrebs. Besonders gefährdet sind die Arbeiter, die bei der Steindahlendestillation beschäftigt sind, namentlich auch die Bricketarbeiter.

Die soziale Hygiene hat die Pflicht, hier nach Möglichkeit nachzueingreifen. Die Bekleidung muß eine zweckmäßige sein, damit nicht durch ein Scheuern der Haut Entzündungen entstehen, auf deren Grund sich bei den Arbeitern dieser Betriebe Krebse entwickeln, was sehr leicht vorzukommen kann. Auch auf die Körperpflege muß besonderer Wert gelegt werden. Jede Hautverletzung und Entzündung gilt es sorgfältig zu beobachten und frühzeitig und sachgemäß zu behandeln.

Hier vermag die Errichtung von Polikliniken und Beratungsstellen für Geschwulstkranken, wie sie General Professor Stratmann für alle großen Städte und die Industriegebiete gefordert hat, wichtige lebensrettende Arbeit zu leisten. Für den Berufskrebs ist die Kontrolle der Betriebe durch

die Fabrik- und Gewerbeärzte von größter Wichtigkeit. Sie können, was Professor Lewin besonders betont, durch Beobachtung der ersten Stadien von Berufsschädigungen zur Herabminderung der Zahl der Krebsgefährdeten wesentlich beitragen und oft durch noch rechtzeitige Veranlassung eines Berufswechsels der Krebskrankheit Siedtum und frühen Tod verhindern.

Will man die Krebskranken und vom Krebs bedrohten Menschen so früh und so zahlreich wie möglich erfassen und betreuen, so ist es aber auch notwendig, den breiten Massen der Bevölkerung das erforderliche Wissen von den ersten Anzeichen der Entstehung des Krebses zu vermitteln. Nur dann kann die Erfassung eine frühzeitige und einigermaßen vollständige sein. Es gilt also, ebenso wie bei der Bekämpfung der anderen großen Volkskrankheiten, so auch im Kampf gegen den Krebs die hygienische Volksbelehrung in weitem Ausmaß in den Dienst der guten Sache, in den „Dienst am Volke“ zu stellen.

Stadtmag Dr. Alfred Korach.

Dienst am Volk.

Erholungsstätten in Neukölln.

Das Tempelhofer Feld, neben dem Volkspark, eine beliebte Erholungsstätte der Neuköllner Bevölkerung, ist seit einigen Monaten an verschiedenen Stellen gesperrt, weil das Bezirksamt umfangreiche Arbeiten ausführt. Diese Absperrung des Feldes hat sehr viel böses Blut erregt, aber es ließen sich diese Arbeiten nicht anders durchführen. Um die Bewohner Neuköllns über das, was dort geplant ist, aufzuklären, hatte das Bezirksjugendamt Vertreter der Jugend- und Sportorganisationen und die Presse zu einer Besichtigung des Geländes geladen.

Stadtrat Genosse Schneider gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die seit Jahren mit dem Militärischen geführten Verhandlungen, die mehrmals im Sande verfielen. Nachdem durch Schaffung des Flughafens alle anderen Pläne, Eisenbahnzentralbahnhof usw., sich zerlegt hatten, wurde endlich die Zustimmung erteilt. Es handelt sich um einen Streifen in der Größe von 48 Hektar, der in einer Breite von je 150 Meter beiderseits des bereits bestehenden Grünstreifens, der sogenannten „Bananenallee“, von der Ringbahn, im Zuge der Oberstraße bis an die Polizeischießstände geht. Das Gelände wird in drei Bauabschnitten fertiggestellt. Im ersten Abschnitt, Ringbahn-Grüner Weg, ist ein Stadion, das 20 000 Zuschauer aufnehmen kann, bereits im Bau. Eine Laufbahn von 1500 Meter wird erstehen. Der Zuschauersplatz zum Stadion ist ziemlich fertiggestellt. Im zweiten Abschnitt, Grüner Weg-Herrfurthstraße, sind vier Fußballplätze, wovon zwei bereits in vier Wochen fertig sein sollen, vorgesehen. Der dritte Bauabschnitt, der von der Herrfurthstraße bis an die Polizeischießstände geht, wird ein Lust- und Sandbad, später vielleicht noch ein Schwimmbad, erhalten. An der Mauer, östlich der Barkanlagen im Zuge der Oberstraße sollen Rosengärten, zwei Buddelplätze für Kinder und Spielplätze für die ältere Jugend angelegt werden. Sämtliche Sportplätze liegen hinter den Barkanlagen, damit bei Vereinsveranstaltungen keine „Jaungäste“ die Spiele beobachten können. Bisher hat die Stadt Berlin circa 550 000 Mark hergegeben und es ist bei der weiter aufsteigenden Arbeitslosigkeit zu hoffen, daß sie weitere Mittel zur Verfügung stellt. Ja, es wäre sogar notwendig, noch mehr Erwerbstlose einzustellen, jetzt sind 500 Rotstandsarbeiter beschäftigt, um die entfallende Arbeitslosigkeit wenigstens etwas einzudämmen. In diesem Falle ist das Geld wirklich zinsbringend angelegt, denn Licht und Luft braucht eine Großstadtbevölkerung, die zum übergroßen Teil ihre Tagesstunden in dumpfen Fabrikgebäuden verbringen muß. Je eher dieses große Projekt fertiggestellt wird, desto besser für die Bevölkerung, weil das „Lemscher“ der Lieblingsort der Neuköllner geworden ist.

Bei dieser Gelegenheit eine Frage an das Kommando der Schuttpolizei. Müßen die Schießstände in der Hasenheide immer noch benutzt werden, nachdem dieser Stadteil immer mehr zum Wohnbezirk geworden ist? Heute, im Zeichen des Verkehrs, kann es doch nicht schwer fallen, die Mannschaften mit Kraftwagen auf Plätze außerhalb Berlins zu bringen. Und endlich noch ein Wort über die Unsicherheit auf dem Tempelhofer Feld. Hier erleben wir wieder den herrlichsten Kompetenzstreit. Die Anlagen auf der Neuköllner Seite gehören zum Polizeibezirk Tempelhof. Die Neuköllner Polizei darf nur einschreiten, wenn sie gerufen wird, aber da ist es bereits immer zu spät. Warum können die Anlagen nicht der Neuköllner Polizei übertragen werden? Geht da der Polizeibehörde Tempelhof wirklich etwas verloren? Die Unsicherheit wäre mit einem Schlage behoben. Ueber diese Frage sollen ja nun Verhandlungen stattfinden. Hoffentlich dauern sie nicht allzulange. Im Interesse der Bevölkerung wäre ihr baldiger Abschluß dringend erwünscht.

Das neue Mietrechtsgesetz Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 26. Juni das Mietrechtsgesetz in einer ganz neuen Fassung beschloß, hat und dieses Gesetz unterm 30. Juni veröffentlicht wurde, wird es die Mieter zweifellos interessieren, mit den Einzelheiten des Gesetzes vertraut zu werden und insbesondere schnell überblicken zu können, was sich an dem alten Gesetz geändert hat. Der Verlag des Reichsbundes Deutscher Mieter in Berlin W. 35, Paasdammer Str. 56, hat nun in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Gesetzes eine reine Textausgabe herausgegeben, die in Feildruck alles das hervorhebt, was gegen das leiherrliche Gesetz abgeändert worden ist. Diese Ausgabe ist jedoch in Drahtbelegung zwecks Massenvertrieb zu einem außerordentlich billigen Preise erschienen und kann von allen Buchhandlungen und Mietervereinen und direkt von dem genannten Verlage zum Preise von 20 Pf. für das einzelne Stück bezogen werden. 50 Exemplare sollen insgesamt 8 Mk., 100 Exemplare 15 Mk. Bei der Wichtigkeit der Rändigensdauer bei Mieterstand und der Erfahrungsfrage kann der Bezug dieser Textausgabe nur dringend angeraten werden.

Zum Schutz des Nachwuchses.

In Berlin begann eine planvolle Säuglingsfürsorge der Stadt erst mit der Einrichtung der Säuglingsfürsorgestellen. Der vorwärtstreibenden Arbeit unserer Genossen im Rathaus war es zu danken, daß die Gemeindebehörden eine Lösung dieser Aufgabe versuchten. Im Januar 1901 stimmte die Stadtverordnetenversammlung einem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag zu, der vorschlug, zusammen mit dem Magistrat in einer gemischten Deputation über Maßregeln zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit zu beraten. Nach Prüfung dieses Vorschlages durch die Kaiserverwaltung willigte der Magistrat erst im November 1903 ein, und die danach endlich zusammentretende gemischte Deputation erklärte sich in ihren Beratungen für eine Reihe von Maßregeln des Säuglings- und Mütterfürsorge. Einen Teil davon wollte der Magistrat durchführen, und im November 1904 legte er den Stadtverordneten einen Plan vor, dessen Hauptstück die Säuglingsfürsorgestellen waren. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte im März 1905 mit einigen Änderungen zu, worauf am 1. Mai 1905 zunächst vier über Berlin verteilte Säuglingsfürsorgestellen eröffnet wurden.

Seit jenem durch die Sozialdemokratie veranlaßten und erreichten Stadtverordnetenbeschlusse von 1901 ist ein Vierteljahrhundert vergangen, und die Säuglingsfürsorgestellen haben jetzt auf eine Arbeit von über zwei Jahrzehnten zurück. Welche Bedeutung sie in den zwanzig Jahren erlangt haben, zeigt eine Statistik ihrer Tätigkeit im Jahre 1925. Gegenüber den vier Säuglingsfürsorgestellen von 1905, mit denen die Zweimillionenstadt begann, hatte in 1925 die inzwischen durch Eingemeindung zusammengewachsene Viermillionenstadt 71 Säuglingsfürsorgestellen mit 81 Wärtern und 169 Schwestern. Die Zahl der Sprechstunden, in denen die Mütter ihre Säuglinge oder Kleinkinder zu den Fürsorgestellen brachten und Rat für sie suchten, belief sich für alle Säuglingsfürsorgestellen zusammen auf 297 pro Woche. Rat wurde den Müttern erteilt in 314 324 Fällen für Säuglinge (bis ein Jahr alt), in 243 179 Fällen für Kleinkinder (über ein Jahr alt), das sind zusammen weit über eine halbe Million Raterteilungen im Jahre 1925. Die Zahl der Kinder, denen die Fürsorge erteilt wurde, ist natürlich geringer. Die meisten Mütter kommen ja nicht nur einmal, sondern nehmen verständigerweise die Fürsorgestellen längere Zeit hindurch in Anspruch. Das ist auch der Zweck der Fürsorgestellen, und so wird es gewünscht, daß sie nicht erst mit den erkrankten Kindern aufgesucht werden, sondern schon in gefunden Tagen die Kinder und ihre Mütter als „Stammgäste“ begrüßen dürfen. Erstmals hingebende Kinder wurden 46 479 gezeugt, darunter 29 056 Säuglinge und 17 423 Kleinkinder. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Säugling etwa 11 Raterteilungen, auf jedes Kleinkind etwa 14 Raterteilungen, aber im einzelnen wird die Zahl der Raterteilungen sehr ungleich gewesen sein. Unter den 29 056 Säuglingen waren 15 126, die bei der ersten Zuführung zur Säuglingsfürsorge noch nicht den ersten Lebensmonat vollendet hatten. Jeden Säugling möglichst zeitig den Fürsorgestellen zuzuführen, kann den Müttern nicht dringend genug angeraten werden. In 1925 waren die im ersten Lebensmonat zu den Fürsorgestellen gebrachten Säuglinge über die Hälfte aller in dem Jahre dorthin gebrachten Säuglinge und fast ein Drittel aller in dem Jahre lebend geborenen Kinder Berlins. Diese Ergebnisse bedürfen noch sehr der Steigerung, aber sie zeigen doch, daß erkrankterweise das Verständnis für den Segen der Säuglingsfürsorgestellen nicht wenig verbreitet ist. Sehr oft wird freilich der Entschluß, eine Säuglingsfürsorgestelle aufzusuchen, durch die Not diktiert. In dieser Hinsicht ist es lehrreich, zu sehen, wie ungleich die Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestellen in den einzelnen Verwaltungsbezirken ist. Der Bezirk Wedding hatte mit 114 534 Raterteilungen in 53 900 Säuglingsfällen und 60 254 Kleinkindfällen die Höchstzahl. Das Gegenstück ist der Bezirk Schöneberg, der im ganzen Jahr nur 433 Raterteilungen in 320 Säuglingsfällen und 113 Kleinkindfällen zu verzeichnen hatte. In solchen Zahlen drückt sich ein Stück des Klassenkampfes aus. Der Bezirk Wedding gehört zu den vorwiegend von der Arbeiterbevölkerung bewohnten, die dichtbelebter und kinderreich sind. Der Bezirk Zehlendorf ist einer von denjenigen, deren Bewohner in der Regel weniger mit Kindern besetzt sind und es meist auch nicht nötig haben, eine Säuglingsfürsorgestelle in Anspruch zu nehmen.

Die Früchte der Arbeit, die von den Säuglingsfürsorgestellen Berlins seit zwanzig Jahren geleistet worden ist, sind längst in aller Deutlichkeit zu erkennen. Gewiß wären zu einer wirklicheren Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit noch ganz andere Maßnahmen nötig als das, was die Säuglingsfürsorgestellen zu bieten vermag, durchgreifende Maßnahmen wirtschaftlicher Art, die der wertvollen Bevölkerung eine Hebung ihrer Lebenslage bringen könnten. Aber es dürfte mit auf die Arbeit der Säuglingsfürsorgestellen, auf die ständige Belehrung der Mütter, auf ihr wachsendes Verständnis für Hygiene zurückzuführen sein, daß in neuerer Zeit die Säuglingssterblichkeit, gemessen an der jeweiligen Geburtenhäufigkeit, doch merklich nachgelassen hat. So manche Mutter hat es der Säuglingsfürsorgestelle zu verdanken, daß ihr Liebling vor Krankheit und frühem Tod bewahrt geblieben ist. Die ersten Kinder, die einst den Säuglingsfürsorgestellen zugeführt wurden, sind heute Erwachsene im Alter von mehr als 20 Jahren. Zu jenen ersten Schülern der Säuglingsfürsorgestellen kann manche der Mütter gehören, die heute selber ihre Kinder zu den Säuglingsfürsorgestellen bringen.

FRITZI MASSARY

jetzt auch ohne Mundstück in rundem, vollem Format für 3 Pfennig im Silberkleide.

F I S Z

A S A R

U N E G L C H I C E

schenkt Tausenden Stimmung u. wahren Genuss!

Umschichtung in der chemischen Industrie

Die Lage der Mittel- und Kleinwerke. — Chemietrust und Dele.

Wenn man in Zukunft von der deutschen chemischen Industrie spricht, wird man noch viel stärker, als das bisher nötig war, einen Trennungsstrich ziehen müssen zwischen der Großindustrie, für die eigentlich nur noch der Chemietrust in Frage kommt, und der übrigen chemischen Industrie. Noch wichtiger aber ist, daß man beide Gruppen unter verschiedenen wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten muß; denn sie stehen unter den Auswirkungen verschiedener ökonomischer Befehle. Dabei ist die überwältigende Kapitalkraft des Chemietrusts, die spielend jeden Konkurrenzversuch der übrigen deutschen Industrie niederschlagen kann, noch nicht einmal das direkt entscheidende; überhaupt ist es nicht die Konkurrenzfrage, wenn diese auch sehr schwer auf der Gruppe der Mittel- und Kleinwerke lastet. Viel schwerer wiegt die Unfähigkeit der Klein- und Mittelindustrie, sich ähnlich wie die I. G. Farbenindustrie etwa auf synthetische Deserzeugung und Kunstseide werfen zu können, weil zu irgendeiner erfolgreicher Konkurrenz ihre Kapitalkraft (schlechthin zu Klein ist. Hinzu kommt, daß die Mittel- und Kleinindustrie in Krieg und Inflation ebenfalls eine übergroße Leistungsfähigkeit entfaltet hat und daß sie bei ihrem Export stärker als die Großindustrie auf die ebenfalls im Krieg hochgekommene Auslandsindustrie stößt, der sie nicht wie der Chemietrust durch massiertes und differenziertes Angebot ausgleichend begegnen kann. Es ist ihr auch verlagert, anders wie bei den großen Erdöl- und Montanunternehmen Mitteldeutschlands, die große chemische Produktionen außerhalb betreiben, durch gegenseitige Verschmelzung und internationale Kapitalverflechtung, Gefährdungen ihrer chemischen durch Ausbau ihrer Delinteressen wettzumachen, wie es im vorigen Jahre zwischen Rütgers, Deutsche Erdöl, Deutsche Petroleum einerseits und Anglo-Persian (Dierbeteiligung) andererseits geschehen ist.

Abzlässe der mittleren Chemieindustrie.

So ist es nicht sehr verwunderlich, daß auch für 1925 bei der mittleren Chemieindustrie kaum eine Erholung zu verzeichnen ist. Charakteristischerweise zunächst noch eher bei den Produktions- und Abzlämmen, nicht aber in der Rentabilität. In sieben Geschäftsberichten größerer und überwiegend reiner Chemiewerke, die uns vorliegen, sind die Gewinne sehr gering, die Verschuldung erhöht und die Dividenden verkleinert oder ganz ausgefallen; ganz im Gegensatz zur I. G. Farbenindustrie, die nach hoher Referenbildung, vermehrten Abschreibungen einen von 54,8 auf 68,0 Millionen gestiegenen Reingewinn auswies und eine von 8 auf 10 Proz. erhöhte Dividende. Die Rhénania-Runheim, Verein chemischer Fabriken, A.-G., Berlin verzeichnet trotz der kostenparenden Vollführung der beiden früher getrennten Werke einen Reingewinn von nur 0,35 Millionen gegen 0,13 Millionen im Vorjahr und bleibt ohne Dividende. Die Chemische Fabrik von Heyden A.-G., Radebeul-Dresden, spricht in ihrem Geschäftsbericht von Unterbeschäftigung infolge Überproduktion im Inland und ist eine der wenigen, die mit immerhin 3 Proz. Dividende (ohne Dividende im Vorjahr) bei 0,49 Mill. M. Gewinn noch besser abschneidet. Die Bgt. Guldenwerke, A.-G., Berlin, verzeichnet einen Gewinn von nur 63 000 gegen 136 000 M. im Vorjahr und bleibt wieder dividendenlos. Ganz ähnlich liegt es bei der dreimal so großen I. D. Riedel A.-G., Berlin, mit 200 000 gegen 280 000 M. Gewinn im Vorjahr, wo die Dividende ebenfalls ausfällt. Der Verein Chemischer Fabriken A.-G. in Zeitz, eine Gesellschaft mit 13 Millionen Aktienkapital, hat ihren Vorjahrsverlust von 1,83 Mill. auf über 9 Millionen vergrößert und verliert mit Sicherheit das Aktienkapital fast ganz, sie wird liquidiert und ihre Phosphat- und Schwefeläureanlagen gehen auf die Saccharinfabrik vorm. Fahlberg, Vist u. Cie. über. Diese Gesellschaft hat gut abgeschlossen; sie darf (neben Schering) heute als eine der vollgefuhrten größeren Chemieunternehmen angesehen werden, wofür auch die Verdoppelung der Dividende von 4 auf 8 Proz. spricht. Ihre Interessengemeinschaft mit der Kotswerke und chemische Fabriken A.-G. wurde Ende 1925 gelöst. Bleibt die alte Kombination Kotswerke Chem. Fabriken A.-G., Berlin-Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering, Berlin, von denen die erstere durch Kohlen- und Kotsinteressen schon stark von der Montanindustrie abhängt. Mit zusammen 70 Millionen dividendenberechtigtem Kapital sind sie die kapitalstärkste Kombination der Mittelindustrie. Dennoch sind die Kotswerke A.-G. mit 1,76 gegen 3,70 Mill. M. Gewinn ohne Dividende geblieben (8 Proz. im Vorjahr), während Schering zwar mit 1,21 Mill. M. gute Gewinne aufweist, aber durch Dividendenbindung mit den Kotswerken auf die Verteilung verzichtet. Die Th. Goldschmidt-Ges. endlich, auch eine der größeren Gesellschaften mit 29 Mill. Kapital (9 Mill. Borratsaktien darunter), hat durch Abschreibungen (600 000 M.) auf ihre Beteiligungsanteile an der Reichs- u. Ruhrst. Komm.-Bel.-Kiel ihren erhöhten Reingewinn auf 0,45 Millionen vermindern müssen. Mit Ausnahme der Bgt. Guldenwerke haben vorstehende Gesellschaften noch alle über 10 Millionen Aktienkapital. Bei etwa

drei Duzend Gesellschaften mit niedrigerem Aktienkapital steht nach den bisherigen Abzlämmen mit wenigen Ausnahmen die Sache eher ungünstiger als besser.

Rütgers-Deutsche Erdöl-Deutsche Petroleum.

Wie sich das Verhältnis der mitteldeutschen Montanindustrie mit ihren starken Chemie- und Delinteressen zum Chemietrust gestalten wird, das kann man heute höchstens vermuten. Hier liegt der Konfliktpunkt weniger bei den chemischen Produkten, als bei Öl und Benzin. Jedenfalls hat sich die I. G. Farbenindustrie durch ihre Festlegung bei den Riebeck Montanwerken in der Braunkohlenindustrie und durch die Deutsche Gasolin-A.-G. (ehemaliger Stinnes-Riebeck-Verband) im Delabzähl eine starke Stellung verschafft und tritt von hier aus in Konkurrenz mit Rütgerswerke, Deutsche Erdöl und Deutsche Petroleum. Die Rütgerswerke und die Deutsche Erdöl-A.-G. ihrerseits haben sich scharf auf ihre Kohle- und Chemieinteressen spezialisiert, ihre gesamten Delinteressen aber in ihrer zu gleichen Teilen beherrschten Deutschen Petroleum-A.-G. vereinigt und durch Vertrag mit der Anglo-Persian die sehr starke Stellung der Dier (Deutsche Petroleum) im deutschen Öl- und Triebstoffmarkt noch finanziell ausgebaut. Es ist zu vermuten, daß zwischen der Rütgers-Deag-Dier-Kombination und der Riebeck-Chemietrust-Deutsche Gasolin-Kombination es zu einem scharfen Kampf um den deutschen und mitteleuropäischen Öl- und Triebstoffmarkt kommen wird, der offen und scharf sein, aber auch die Form vertraglicher Interessenteilung annehmen kann.

Chemietrust-Standard Oil und Royal Shell.

Diese Vermutung wird gestützt durch die Verhandlungen, die der deutsche Chemietrust mit der amerikanischen Standard Oil Co. und der englisch-holländischen Royal Shell, den beiden größten internationalen Öl- und Triebstoffproduzenten geführt hat. Mit der künstlichen Betriebsstoffherstellung, besonders von Benzin, in großen Massen durch den Chemietrust ist es nämlich ernst geworden. Nach kürzlich bekannt gewordenen Unterlagen für die Verflüssigung der Kohle kann die I. G. Farbenindustrie nach dem Berginverfahren aus 100 Kilogramm Steinkohle 51 Kilogramm verschiedene Dele herstellen, darunter 15 Kilogramm Motorbetriebsstoff und 20 Kilogramm Diesel- und Imprögnieröl und hat nach ihren Gesehungskosten für die Konkurrenz mit den natürlichen Betriebsstoffen eine Spanne von 40 bis 60 Proz. Das bedeutet für die Produzenten natürlicher Betriebsstoffe eine große Gefahr (Deutschland allein führte 435 000 Tonnen Benzin im Jahre 1925 ein). Für den Chemietrust bringt die Produktion im großen beträchtliche Anlagekosten, deren Realisierung gerade im Anfangsstadium durch entschlossene Preisunterbietungen der viele Milliarden starke Standard Oil und Royal Shell gefährdet werden könnte. Die zwischen den beiden Gruppen geführten Unterhandlungen, deren äußeres Ergebnis eine insgesamt 50prozentige Beteiligung von Standard Oil und Royal Shell an der Deutschen Gasolin-A.-G. ist, können nun leicht damit enden, dem Kampf zwischen den natürlichen und künstlichen Betriebsstoffen durch internationale Begrenzung und Aufteilung der Absatzgebiete sowie durch Preisbindung und Produktionsregelung die Spitze abzureden. Ob es heute schon so weit ist, kann man nicht sagen; aber die Gefahr besteht, und es ist wichtig auf sie hinzuweisen. Es könnte sehr leicht sein, daß die Verbilligung der Kraftstoffherstellung, lediglich das Wichtigste bei der Kohlenverflüssigung, unterbleiben würde. Wäre die Konkurrenz der Gruppe Anglo-Persian-Dier-Deutsche Petroleum stark genug, so würde das immerhin für den deutschen Markt ein Gegengewicht bedeuten. Aber auch dann wäre es bedauerlich, wenn gerade die so kapitalstarke I. G. Farbenindustrie, der die selbständige Finanzierung der Kohlenverflüssigung ein leichtes sein muß, der volkswirtschaftlich wirksamsten Bewertung des Berginverfahrens Hemmnisse bereiten würde.

Natürlich wird auch das Tempo, in dem durch die steigende Kohlenverflüssigung die Krisis des Steinkohlenbergbaues gemildert werden könnte, durch internationale Bindung der I. G. Farbenindustrie gehemmt. Auch die Entlastung der deutschen Handelsbilanz von der Kraftstoffzufuhr wird in Frage gestellt. Die Reichs- und die preussische Regierung hat doch eben im vorigen Jahr, als es zur staatlichen Einflusnahme auf die Bewertung des Berginverfahrens noch Zeit war, eine große Unterlassungsflunde begonnen, die sich heute leider gegen die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen auszuwirken droht.

Im Zusammenhang mit der Angliederung des Köln-Rottweiler-Konzerns plant der Chemietrust (I. G. Farbenindustrie) eine Kapitalerhöhung, deren Ausmaß noch nicht feststeht.

Kapitalerhöhungen infolge Frankenaufblähung. Ähnlich wie seinerzeit in Deutschland muß jetzt in Frankreich die Industrie dazu übergehen, ihr Aktienkapital der Geldentwertung anzupassen. In letzter Zeit erhöht eine große Zahl französischer Aktiengesellschaften ihr Kapital, z. T. auf das Doppelte und mehr.

Last endlich Taten sehen!

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung ist nunmehr endlich allerorts als der Angelpunkt der deutschen Wirtschaft anerkannt worden, nachdem bereits seit Monaten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Gewerkschaften unermüßlich darauf hingewiesen haben. Auf der Bundesausschussung des ADGB in Düsseldorf hat der Reichswirtschaftsminister sich in gleichem Sinne geäußert. Damit ist es aber noch nicht getan. Der schwerste Teil der Aufgabe steht noch bevor: die Umsetzung all der schönen Pläne in greifbare Taten. Was nützt es auch dem Arbeitsuchenden, daß man endlich seine Notlage bereitwillig anerkennt? Hilfe braucht er, und das möglichst schnell. Es geht nicht an, erst in langen Sitzungen und Beratungen zwischen Reich und Ländern die gegenseitigen Befugnisse abzugrenzen, derweilen das Volk hungert und Arbeitsmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden.

Aus oldenburgischen Gewerkschaftskreisen haben wir bittere Klagen über die katastrophale Lage der dortigen Kleinwerften erhalten. Die Zahl der auf den Kleinwerften beschäftigten Arbeiter ist im Verlaufe von nicht einem halben Jahr von rund 1000 auf etwa 300 zurückgegangen und es wird nicht lange dauern, bis auch diese Zahl zusammengeschrumpft ist. Damit würde eine alteingesessene Industrie und ein Stamm hervorragender Facharbeiter verschwinden, die durch Generationen hindurch auf ihren Beruf eingesperrt sind. Und hier ist schnelle Abhilfe durchaus möglich. Noch sind die Mittel des Seeschiffenerneuerungsfonds nicht vollständig verausgabt, noch kann der Reichsverkehrsminister es sich überlegen, ob er die restlichen 2 Millionen den großen Reedereien und damit den Großwerften bewilligen will oder den Bau kleinerer — und dringend benötigter — Schiffe stützen soll. Die großen Reedereien wie Hapag und Norddeutscher Lloyd können sich die Baukapitalien auf dem Geldmarkt mühelos beschaffen. Erst kürzlich hat ja die Hapag, wie im „Vorwärts“ berichtet wurde, 3 Schiffe von den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgekauft. Dort sind also die nötigen Geldmittel vorhanden, zum Spielen die Restsummen des Seeschiffenerneuerungsfonds bei diesen Riesenunternehmen wirklich keine ausschlaggebende Rolle. Völlig unbegreiflich aber ist es, wenn deutsche Schiffsbauten günstigerer Bedingungen wegen ins Ausland abwandern müssen. Von 640 Küstenfahrzeugen, die bis zum Jahre 1919 erbaut worden sind, wurden hergestellt:

217 in Deutschland	mit rund 17 300 Pr.-Reg.-T.
401 in Holland	31 800
22 im übrigen Ausland	2 600

Neuere Zahlen liegen nicht vor. Aber es wird uns versichert, daß die Verhältnisse sich eher verschlimmert haben. Jetzt sollen ungefähr 16 oldenburgische Segelschiffe in Motorschiffe umgebaut werden, und es besteht die Gefahr, daß die Aufträge nach Dänemark oder nach Holland verlegt werden. Ferner sollen rund 20 Küstenfahrzeuge gebaut werden, und man befürchtet, daß die oldenburgischen Besteller die Neubauten nach Holland vergeben werden. Woran liegt das? In Holland bestehen seit Jahrhunderten schon Schiffshypothekenbanken, die dem Bauherrn einen Teil der benötigten Summen zu verhältnismäßig billigen Zinsfuß vorstrecken, indem sie das zu erbauende Schiff befehlen. In Deutschland entschloß man sich zur Errichtung derartiger Spezialbanken erst 1918. Aber diese Banken konnten nicht wirksam werden, weil die Inflation ihre Kapitalien entwertete. Hier ist der Regierung Gelegenheit gegeben, erfolgreich einzugreifen, um den Bau dieser Schiffe für Deutschland zu erhalten. Aber schnelle und entschlossene Hilfe tut not.

Ähnlich wie in Oldenburg steht es in Preußen.

Was die oldenburgischen Gewerkschafter wünschen, ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus einem umfangreichen Arbeitsbeschaffungsplan, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber es hat den Vorzug, daß die Aufträge vorhanden sind, daß das Werkzeug bereit liegt. Nur die Verbindung zwischen beiden fehlt noch. Und, was die Hauptsache ist: hier ist die Gelegenheit, aus dem Zustand der Beratungen herauszukommen, und dem wartenden Volke zu zeigen, daß man zu Taten kommen will.

Zur Stilllegung der Deutschen Kraftfahrzeugwerke A.-G.

Uns wird geschrieben:

Die Deutschen Kraftfahrzeugwerke in Spandau begannen im Jahre 1922/23 die Fabrikation des Zwei-Zylinder-Rades, das für die damaligen Verhältnisse der deutschen Motorradaindustrie ein vorteilhaftes Modell war. Die schnelle Entwicklung dieses jungen Industriezweiges veranlaßte die Deutschen Kraftfahrzeugwerke A.-G. ein neues Modell herauszubringen. (Mod. A. C. 4 1 Zylinder 500 ccm.) Dieses Modell wurde infolge seiner gediegenen Konstruktion, der guten Leistungsfähigkeit ebenso des billigen Preises wegen sehr leicht in den Markt eingeführt. Der niedrige Preis war allerdings nur möglich durch Serienfabrikation in großen Mengen. Selbsterständlich mußte die Serien-

Heute
4. Morgen
die letzten 2 Tage unseres Saison-Ausverkaufs
noch viel billiger

Reisen

Das grösste Schuh-Spezialhaus mit der grössten Auswahl Berlins

Schiff-Bade pantoffel für Damen	75 Pf.	Weiss-Leinen-Schnürstiefel mit Fleck, Größe 20-22	175
Sämisch-Leder-Spangenschuhe Gr. 22	75 Pf.	Farb. Melonpantoffel mit Filzsohle	1
Badeschuhe für Mädchen		Braun-Kroko-Lederniederriter 1. Dam.	
Weiss-Leinenstiefel für Damen, Größe 20-22	90 Pf.	Braun-Chevreau-Schnürschuhe mit Fleck, Größe 20-22	275
Dirndl-Schlüpfel mit Kordelsohle	90 Pf.	Weiss-Leinen-Schnürschuhe amerikan. Absatz, Größe 24-26	2
Weiss-Leinen-Schnürstiefel ohne Fleck, Größe 18-21	145	Damen-Haferlschuhe bequemer Absatz	10 ⁵⁰
		Schwarz R'box-Herren-Taurenstiefel wasserfestes Futter, Stahlsohle, mit Doppelsohle	11 ⁹⁰

Rest- und Einzelpaare ganz besonders günstig

fertigung nach den modernsten und rationellsten Arbeitsmethoden durchgeführt werden. Durch Band-, Blech- und Gruppenarbeitsmethoden schaffte man einen Produktionsgang für dieses Modell, der auf die Preisbildung einen entscheidenden Einfluss hatte. Auch die Arbeiterschaft hatte durch Uebernahme der modernen Arbeitsmethoden einen großen Teil dazu beigetragen, das Fabrikat zu verbilligen. Das geschah natürlich in der Voraussetzung, daß man glaubte, bestimmt hier ein lebensfähiges Wert zu schaffen.

Das Verkaufsgeschäft des Vorjahres berechtigte zu den besten Hoffnungen. Bis Ende des vorjährigen Frühjahres konnte der Bedarf an Rädern selbst durch sortierte Fabrikation nicht gedeckt werden. Auch das Sommergeschäft 1925 war noch ausgezeichnet. Die im Herbst einsetzende Wirtschaftskrise machte sich leider sofort bemerkbar. Die Produktion ist bis zum Oktober 1925 im vollen Umfang weitergeführt worden, so daß infolge der Absatzstockung eine starke Vergrößerung des Lagerbestandes die Folge war. Dieser Moment war für die Direktion des Wertes die Veranlassung, den gesamten Betrieb in der Zeit von Ende Dezember bis Ende März zu schließen. Bei Wiederaufnahme der Fabrikation stellte man sich auf die Konjunktur um und reduzierte die Belegschaft. Da trotzdem eine Abnahme des Lagerbestandes in dem erforderlichen Ausmaß nicht vorliegt, glaubte man den Betrieb vollständig schließen zu müssen.

Gegen die Fabrikation des kleinen D-Wagens hat die Privatindustrie einen leider erfolgreichen Kampf geführt. Schon im Herbst des vorigen Jahres wurde unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz, die ihre Preise bedroht sah, beschlossen, die Serienfertigung für den D-Wagen nicht aufzunehmen, sondern nur die in Bestellung gegebenen Materialien zu verarbeiten.

Nach Erklärungen der maßgebenden Stellen denke man durchaus nicht daran, die Fabrikation des D-Rades für immer stillzulegen, sondern sofort wieder mit der Fertigung zu beginnen, wenn der Lagerbestand sich bis zu einem bestimmten Quantum verringert hat. Maßgebend sei dafür allerdings auch die Aenderung der Wirtschaftslage. Wir haben alle Ursache, diese Erklärung vorläufig aufzunehmen. Natürlich kann eine volle Fabrikation bei dem großen Bestand nicht durchgeführt werden, aber unter allen Umständen bestand die Möglichkeit, einer langgestreckten Verarbeitung der lagernden Teile, wie es ja auch vor nicht allzulanger Zeit beschlossen war.

Dieser plötzliche Kurswechsel zwingt zum Denken. Bei der ersten Absicht der späteren Weiterfabrikation ist zumindest erforderlich, einen Stamm von Spezialarbeitern zu halten. Gleichzeitig erscheint notwendig zu erwägen, in welcher Art die sogenannten Verbesserungsarbeiten, die für die spätere Fabrikation unbedingt erforderlich sind, zur Erledigung kommen sollen. Welchen Erfolg will man für die endgültig stillgelegte Wagenfabrikation aufnehmen? Alle diese Tatsachen und Fragen sind von einschneidender Bedeutung für die Arbeiter- und Angestelltenchaft, die ja die Kosten dieser Wirtschaftskrise zahlt. Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen allerorts. Sollte nicht gerade das Reich, daß doch der Geldgeber der Deutschen Kraftfahrzeugwerke ist, vorsichtiger sein und nicht der Privatindustrie mit Stilllegungen als Muster vorangehen?

Umfang und Wirksamkeit des europäischen Röhrensyndikats. Nach den vorliegenden Meldungen wird man die europäische Kartellierung der Röhrenproduktion als abgeschlossen betrachten dürfen. Die langwierigen Verhandlungen mit den französischen und belgischen Produzenten sind mit dem Erfolg abgeschlossen worden, daß Frankreich und Belgien dem deutsch-österreichisch-polnischen Block beigetreten sind. Damit ist für den europäischen Kontinent (bis auf wenige polnische Einzelwerke, mit denen noch verhandelt wird) das internationale Röhrensyndikat komplett. Außerhalb des Syndikats, also im Konkurrenzverhältnis, stehen England, die Vereinigten Staaten, Kanada. Der Preisbildung in Europa ist damit, abgesehen von der Wirkung der Zollschranken, immerhin ein gewisser Rahmen gegeben. Die Grenze nach oben ist durch die Frachten gezogen, die die englische und überseeische Konkurrenz aufzuwenden hat. Unter den einzelnen Ländern sind feste prozentuale Quoten vereinbart, dann ist eine preismäßige Durchsicht und Rechnung der Exporterlöse und eine Garantie für genaue Beobachtung der Vereinbarungen vorgegeben. Die Abkommen gelten fest für einige Jahre. Die Außenleiterstellung der Engländer und Amerikaner werden sich insbesondere die deutschen Kommunen und Kommunalverbände zu merken haben, die ja die Hauptabnehmer der Röhrenindustrie sind. Sie werden bei ihren Bestellungen Angebote der Auslandskonkurrenz einzuholen und nötigenfalls den gegenüber den Syndikatsbedingungen erforderlichen Druck auszuüben haben, da der Selbstschutz der Besteller volkswirtschaftlich das einzige Regulativ gegen die beabsichtigte Marktbeherrschung darstellt. Durch Zusammenfassung der Bestellungen kann der Druck natürlich zweifach verstärkt werden, wobei selbst die Grenzen der Länder kein unübersteigbares Hindernis zu sein brauchen.

Aufwertung der Sparkassenguthaben in Berlin. Die Berliner städtische Sparkasse hat jetzt mit der Aufwertung der Sparkassenguthaben begonnen. Es sind ungefähr 1.800.000 Konten zu bearbeiten, zu deren Bewältigung 100 Hilfskräfte eingestellt werden, die monatlich ungefähr 80.000 Konten bearbeiten. Man hofft, in 1 bis 1½ Jahren die Arbeit zu Ende zu führen. Augenblicklich werden täglich an etwa 150 Antragsteller Vorstände in Höhe von 10.000 M geleistet. Die Verzinsung der mit 12½ Proz. aufzuwertenden Beträge steht noch nicht fest.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind Berlin S W 68, Lindenstraße 2.

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sitzung am Sonnabend, den 24. Juli, abends pünktlich 6 Uhr, im Sitzungssaal der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3, 4. Hol. 4 Treppen.

7. Kreis Charlottenburg, Sonntag, den 25. Juli, Sommerfest der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Jungsozialisten (Ortsgruppen Charlottenburg) auf den Müderickwiesen am Volkspark Jungferheide. Treffpunkt: 10 Uhr vormittags Kullensplatz; 2 Uhr nachmittags am Bahnhof Jungferheide. Bitte Beteiligung der Genossen nebst Familien erwünscht.

14. Wkt. Sämtliche Genossen und Genossinnen treffen sich am Sonntag, den 25. Juli, vormittags 9 Uhr, an der Endhaltestelle der Linie 41, Humboldt-Bühl, in Einzel zum Ausflug nach Heiligenfelde. Die Abteilungsverammlung in diesem Monat fällt aus.

21. Wkt. Neukölln, Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant Verjochhöhe (früher Kollagen), Kollagenstraße 6-11, ein Sommerfest statt. Festrede: Genosse Hermann Darnisch, W. v. S. Reichhaltiges Programm, Konzert, Spezialitäten, turnerische Aufführungen, Tanz, Pristrolin, Tombola. Alle Nachbarabteilungen sind herzlich eingeladen. Eintrittskarte 20 Pf. und 10 Pf. Steuer.

101. Wkt. Tempel, Sonntag, den 25. Juli, Familienausflug nach Kirchparken-Rohndorf, Treffpunkt früh 7 Uhr, für Kantagler nachmittags 10 Uhr im Restaurant Mühlentor in Rohndorf. Fahrt bis Friedrichshagen und weiter mit Motorboot über bis Bahnhof Rohndorf.

Wktung, Feuerwehler, heute, Freitag, den 23. Juli, vormittags 10 Uhr, und Sonnabend, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Köhlering, Adreßr. 1 (am Koppensplatz), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Maßnahmen betr. die Eingruppierung, 2. Bericht des Genossen. Sämtliche Genossen müssen unbedingt erscheinen. Der Werksausflug.

Jungsozialisten, Gruppe Mitte; heute, Freitag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, in der Schule Gipsstr. 12a, Mitgliederversammlung, Besprechung.

Unerwartet wurde der Mitgründer und Ehrenvorsitzende des Deutschen Werkmeister-Verbandes

Herr Konrad Zander in Düsseldorf

in den ersten Morgenstunden des 21. Juli im hohen Alter von nahezu 88 Jahren in die Ewigkeit abgerufen.

Trauernd stehen die deutschen Werkmeister an seiner Bahre.

Der Verstorbene hat sich große Verdienste um den Werkmeister-Verband, besonders um die rechtliche und soziale Stellung der Werkmeister erworben und damit die Grundlage zu der heutigen Größe des Deutschen Werkmeister-Verbandes gelegt.

Der Verband und seine Mitglieder werden immer und dankbar seiner Verdienste gedenken.

Düsseldorf, den 21. Juli 1926.

Der Vorstand des Deutschen Werkmeister-Verbandes Buschmann, Vorstandsvorsitzender.

Stocklaternen

mit Licht u. Stock Dtd. 75 u. 90 Pf. Packeln Dutzend 75 Pf. Lampions von 5 Pf. an

Feuerwerk

jeder Art, Sortimente von 1 M. an Bengalfener, 20, 30, 50 Pf. Wachsfackeln, Papierballons, Mützen, Dutzend von 20 Pfennig an. Alle Vereins-Sommerartikel sehr billig.

Seit 30 Jahren Markgrafenstr. 64 (an der Lindenstr.)

Haben Sie Wanzen?

So gebrauchen Sie Mothesin.

Unschätzbare Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der Wanzen u. deren Brut Abtötet sicher u. schnellste Wirkung. Preis fl. M. 1,00, 2,50 u. 4,00. Nur allein echt bei Arthur Mothes, Berlin N 31, Salmunster Str. 41. Gegen Schwaben, Russen, Franzosen, Flöhe u. Motten nebst Brut helfen nur meine als vorzüglich, anerkt. Spez.-Mittel in Sch. 21 - 22.

Kräuter - Franzbranntwein

Überall erhältlich

OPP & JOSEPH

Berlin W.

unferer Wechseleinstellung. Erscheinen ist Pflicht. — Gruppe Tempelhof-Wartenberg: Fahrt Groß-Belken. Treffpunkt Sonnabend 7½ Uhr Kaiserin-Augusta-Str. 10. Radfahrer Sonntag früh 1/6 Uhr abends. Wir fahren pünktlich ab!

Arbeitsgemeinschaft der Rindesfreunde, Kreis Mitte, Sonnabend, den 24. Juli, Velocifahrt über Ladeburg, Müllbacher Allee, Regenbogenf. Abfahrt Gleisrufer Bahnhof 7.40 Uhr abends. Fahrkarte bis Bernau. Preis 40 Pf. Treffpunkt pünktlich 7.20 Uhr vor dem Bahnhof. Rückkehr nach Berlin Sonntag abends 8.25 Uhr. Leiter der Fahrt Waz Burgwitz.

Frauenveranstaltungen:
23. Wkt. Wktung, Genossinnen! Montag, den 26. Juli, Ausflug nach Buch, Röhrens in der Sonntagausgabe des „Vorwärts“.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Der Genosse, welcher am Sonntag, den 11. Juli, in Briefsack einen Postkasten gefunden hat, wird gebeten, denselben unverzüglich im Sekretariat abzugeben, da der Ball Cigaretten einer Rindesfreunde-Gruppe ist.

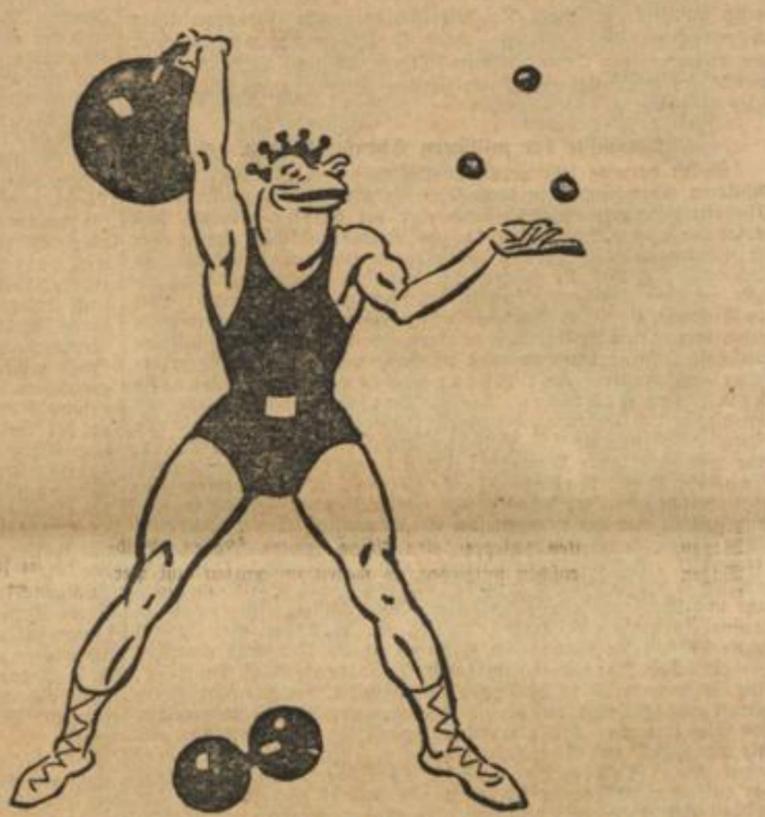
Genossen und Genossinnen, beteiligt euch an der Probe unseres Sprechers im Jugendheim Lindenstr. 31 Beginn abends 1/6 Uhr.

Abteilung, Abteilungsleiter! Heute, Freitag, von 5-7 Uhr Abrechnung.

heute, Freitag, den 23. Juli, abends 7½ Uhr:

Korsett I: Jugendheim Kreuzb. 21. Vortrag: „Entfaltung des Sozialismus und des Sozialismus“. — Rosenfelder Vortrag: Schule Gipsstr. 12a. Vortrag: „Die soziale Lage in Sowjetrußland“. — Weikens II: Gemeinde-Schule Westend. Vortrag: „Wie verhalten wir uns beim Erheben von Wahlen?“. — Dittus (Friedrichsberg) Vortrag: „Die Rindesfreunde“. — Dittus (Friedrichsberg) Vortrag: „Die Rindesfreunde“. — Dittus (Friedrichsberg) Vortrag: „Die Rindesfreunde“.

Verbandsrat Offen: Morgen, Sonnabend, Verbandsratsfahrt nach dem Dammsee bei Biesenthal. Programm: Aufführungen, Rezitationen, Musik und Gesang. Treffpunkt wird in den Gruppen bekanntgegeben.



Leicht meistert das Gewicht die Kraft

Erdal

wirkt immer zauberhaft.

Demnächst wieder auf dem Markt!

Ein ungleiches Gespann.

Von Gabriele Preiszova.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von A. Berchtold.
(Schluß)

„Du fährst jetzt voraus zum Markt!“ bestimmte Frau Tobias mit gewohntem Nachdruck. „Ich komme in zwei Stunden nach, sobald ich hier alles in Ordnung gebracht habe. Ich fahre mit den Nachbarn. Also geschwind!“

Franzi erwiderte kein Wort, es kam ihm nur vor, daß die Frau unnötigerweise zuviel rede. Er mußte gehorchen, er mußte zum Markt fahren, um weiteren Verfolgungen auszuweichen. Aber in seinem Herzen erzitterte die hoffnungsvolle Ahnung, daß ihm niemand den geliebten Ferda abkaufen würde. Er nahm sich vor, den Schimmel nicht zu loben, seine guten Eigenschaften zu verschweigen und jedem wollte er sagen, daß der Gaul eigentlich nicht für ihn passe. Wenn ihm dann niemand das Pferd abkauft, wird wohl die Frau nicht mehr zum Verkaufe drängen. Dann kann er den Ferda behalten!

Er nahm zwei vorbereitete Dalken, steckte auch eine Krone in die Tasche und fuhr, solange ihm die Frau nachschaute schnell, dann aber langsam — ganz langsam davon.

Die warme strahlende Sonne beleuchtete grell die harte Straße, deren Staub durch den Nachttau noch gebunden war. Tobias, in dieser Stunde unbelästigt durch die Aussicht seiner Frau, glitt die Sehnsucht in's Herz, mit seinem Ferda weit wegzukommen, weit bis zu der großen weichen Wiese, wie sie ihm im Traum erschienen war, dort wo alle seine Pferdchen sich zutraulich an ihn schmiegen und wohin ihm das Weib niemals nachfolgen könnte!

Und jetzt schien ihm alles was er zurückgelassen hatte, das weiche federgefüllte Bett, das dampfende Frühstück am Tische, das reingewaschene Sonntagshemd auf der Stuhllehne, die Tauben und Hühner, welche im Hofe um seine Füße tummelten, die vernünftige Biene im Stalle, — alles das schien ihm jetzt nichtig und verächtlich zu sein, gegen die Freiheit auf dieser großen erträumten Wiese, welche keinen Herrn und keinen Meister über sich hat. — Ach, wie könnte er nur einen so glücklichen Erdenfleck erreichen, er, der gebunden ist mit harten Fesseln, der hinausgeschickt wurde auf die bekannte Straße gegen Brod, wohin ihm in kurzer Zeit der Nachbarnwagen mit der Agnes nachfolgen wird!

Der Gaul Ferda, seine Augen vor der strahlenden Sonne halb schließend, stampfte gemächlich vorwärts. — Er wußte von keinem besseren Schicksal.

Dort wo ein Waldweg in die Straße mündete, ließ sich Wogengerassel vernehmen. Tobias wandte gleichgültig seinen Kopf dahin und sein Herz begann heftiger zu pochen. Er erblickte zwei große Wagen, voran einen grün bemalten mit Fenstern versehenen Wohnwagen, dahinter einen Leiterwagen, auf dem abgegebundene Pferdchen und Wägelchen, sowie die übrigen Geräte eines Ringespiels aufgestapelt waren. Jeder Wagen wurde nur von je einem Pferde gezogen. Ein magerer Schimmel mit dunklen Flecken zog den ersten Wagen, den zweiten schleppte eine kleine braune Mähre. Beide Wagen hielten Menschen mitziehen, es waren im ganzen acht Personen, große und kleine. Nur eine von diesen half nicht mit. Es war dies ein hochaufgeschossenes Mädchen, welches stramm ausgerichtet mit weit geöffneten Augen der Sonne entgegenschritt. Ihre Kopfstütze war von den zerrautten Haaren auf die Schulter heruntergeglitten und sie hielt zwischen den Zähnen ein Fichtenzweiglein. Ihre Wangen waren ein bißchen blattersteppig, die braune Haut, rötlich angehaucht, weitete sich im Glanze mit dem schimmernden schwarzen Haar und den großen Ohrgehängen.

Der Schimmel des Vorderwagens begann, den Ferda erblickend, zu wiehern. Dieser hob den Kopf, erwiderte diesen Gruß in gleicher Weise, blieb dabei stehen und spitzte die Ohren.

„Da schau her,“ ließ sich einer der Ringespielmänner hören — der sieht ja ganz so aus wie unser alter Schimandel — meiner Treu, er ist's. Schimandel, Schimandel!“ rief er mit dem Finger schnalzend.

Ferda richtete seinen Kopf auf den gewesenen Herrn. Die Augen hielt er nicht mehr halbgeschlossen, sie blieben mit feuchtem Glanze offen. „Woher habt Ihr den Gaul?“ fragte der Ringespielmännchen, dann erst fügte er hinzu: „Gut Morgen, Vetter!“

„Habe ihn für gutes Geld von den Zigeunern gekauft,“ antwortete schwerfällig Tobias, „und ich habe ihm den Namen „Ferda“ gegeben.“

„O, ich habe den Burschen gleich erkannt,“ meinte der andere. „Na, Schimandelchen, kennst du mich noch? Und ich sage euch, es war ein gutes Pferd, es hat uns allen Leid getan, daß wir ihn verkauft, jetzt könnten wir ihn brauchen wie einen Bissen Brod. Um diese zwei Säule ist's eigentlich schade sie einzuspinnen, sind beide fein abgerichtet, wir geben auch manchmal Zirkusvorstellungen, wie's halt gerade kommt.“

Tobias blieb begeistert stehen, sein Auge konnte sich von dem Sauber dieses Romadentums nicht losreißen. „Ach war auch einmal beim Ringespiel.“ sagte er zutraulich. „Seit Kindheit war ich dabei, ja, man vergißt so etwas nicht.“

„Und warum habt ihr den Beruf aufgegeben?“ fragte ein zweiter Mann, seine Peitsche schwingend.

„Es war eben mein Schicksal,“ entgegnete Tobias, die Achseln hebend. „Ich war bei meinem Onkel, — vielleicht kennen Sie ihn — Schwarzkopf hieß er — ein feines Ringespiel hat er gehabt und gut ist's mir bei ihm gegangen, aber dann zuletzt hat mich die Etikette gequält, da bin ich durchgegangen, um anderswo mein Glück zu suchen. Freilich, dann bin ich wohl zu einer besseren Ordnung gekommen, aber es nützt halt nichts, bange wird halt dem Menschen, immer am gleichen Fleck zu sitzen. Wenn ich könnte, gleich mücht ich mit euch weiter wandern!“

„Und warum könnt ihr nicht?“ mischte sich jetzt die Prinzipalstochter mit dem Fichtenzweiglein in's Gespräch, „spannen Sie ihren Schimandel zu einem unserer Pferde und fahren Sie mit uns, der Vater sagt ohnehin, daß wir noch einen Jungen brauchen könnten.“

„Ich möchte schon, aber wenn uns jemand aus unserem Dorfe begegnet, heute fahren viele Leute auf den Markt nach Brod,“ sagte Tobias unentschlossen mit gepreßter Stimme.

„Ach, dagegen gibt es schon ein Mittel,“ meinte der Prinzipal. Wir fahren weiter auf dem Waldwege und können dann gegen die Szazawa einbiegen. Sie kriechen in den gedeckten Wagen und wir spannen Schimandel vor den zweiten Wagen, den eurigen hängen wir an. Also vorwärts auf gut Glück!“

Tobias erblickte ein wenig. Er wandte den Kopf zurück auf jene Gegend, die ihn neun Jahre hindurch beherbergt und ernährt hatte. Entschlossen warf er nun den schwarzhaarigen Kopf zurück und

Rebellion im Stahlhelm.

Zwanzig Braunschweiger Ortsgruppen traten aus dem Stahlhelm aus, weil der Braunschweiger Führer Uhlenhaut beim Bau einer Siedlung sich durch die Übergabe an sich selber bereicherte und vom Bundesvorsitzenden Seldte gebodt wurde.



Seldte: Nur nicht so laut,
Es wird ja hier gebaut.

Und wo sein Nest baut Uhlenhaut,
Da ist man nicht so laut!

richtete seinen Blick fragend verwirrt auf jene, die den Fichtenzweig zwischen den Zähnen hielt.

„Hink über zwei Stufen hinaufspringend und ohne zu sprechen öffnete das Mädchen die Tür des grünen Wagens.“

Und jetzt lächelte Franzl beglückt dieses Weib an, welches ihm so fest und entschieden den Weg zum neuen Leben wies. Er sah vor sich die Hüterin jener freien sonnenspendenden Wiese, welche er, der geborene Landstreicher, nur im Traume hatte betreten dürfen. Er schwang sich schnell auf den Wagen und fühlte sich befestigt durch den Gedanken, nun hinauszuziehen in die unendliche Weite mit den neuen Kameraden und seinem geliebten Ferda!

„Er ist mir durchgegangen irgendwohin in die weite Welt! Damals am Markt in Brod hat ihn niemand mehr gesehen!“ erzählte mir einfach und wehmütig Frau Tobias, deren Kopf noch mehr grau geworden war. „Nur der liebe Gott weiß, was er sich da in den Kopf gesetzt hat! Er war sonst kein schlechter Mensch, er war kein Trinker, kein Kartenpieler und immer war er mit treu!“

„Und glauben Sie nicht, daß er doch einmal wieder zurückkehrt?“ fragte ich sie gleichsam zum Troste.

„Ich glaube, daß er kommen wird,“ antwortete sie dankbar mit feuchten Augen, „er muß ja doch einmal zur Einsicht kommen, daß es niemand auf der Welt so gut mit ihm meinen kann, wie ich, sein rechtmäßig vor Gott angetrautes Weib!“

„Und könnten Sie ihm verzeihen, daß er Ihnen so schwere Sorge gemacht hat?“

Sie faltete die Hände, blickte unentschlossen zu Boden, wie nachdenkend über diese erste Frage, dann sagte sie ganz leise und demütig: „Ich würde es ihm verzeihen! Wenn ihr irgendwo den Tobias begegnet, sagt es ihm!“

Jetzt schlägt's Dreizehn!

Von Arnold Köllner.

Unsere Tageseinteilung, wie sie sich praktisch im Bilde der Uhr widerspiegelt, erscheint uns so selbstverständlich wie der ewige Wechsel von Tag und Nacht, und die Meldung, daß Bahn und Post in Deutschland zum 15. Mai 1927 die Einführung der 24-Stunden-Uhr beabsichtigen, wird gewiß die meisten Menschen zum ersten Male in ihrem Leben zum Nachdenken über diese vermeintliche Selbstverständlichkeit angeregt haben. Denn wenn die kleinen Kinder, lange bevor sie überhaupt einen Buchstaben lesen können, von Vater oder Mutter „die Uhr gelernt haben“, so pflegt damit die geistige Beschäftigung auf diesem in Wahrheit ungemessen bedeutsamen Gebiet für das ganze fernere Leben des Menschen erledigt zu sein. Von Kindesbeinen bis ins höchste Greisenalter „geht der Mensch auf die Uhr“, ein Vorgang, der ihm so in Fleisch und Blut übergeht wie die Notwendigkeit des Essens und Trinkens, und von Hunderttausenden kommt gewiß nie in seinem ganzen Leben auch nur ein Mensch auf den Gedanken, sich die Frage vorzulegen, warum denn nun eigentlich der Tag in 24 Stunden und die Stunde ausgerechnet in 60 Minuten eingeteilt ist.

Auf diese Frage werden die meisten mathematisch und physikalisch nicht vorgebildeten Menschen gewiß antworten: Nun, weil sich die Erde in einem Tage einmal um ihre Achse dreht. Das ist aber keineswegs eine Beantwortung der Frage, warum dieser Zeitraum gerade in 24 Teile eingeteilt ist. Würde der also Befragte ungeniert antworten: Ich weiß es nicht!, so würde er sich durchaus keine Blöße geben; denn die größten Gelehrten wissen es auch nicht bestimmt. Auch sie haben nur Vermutungen über den Ursprung unserer Tageseinteilung; denn die geht bis in die allerfernste Vergangenheit zurück, in eine Zeit, der gegenüber das sogenannte graue Altertum ver-

gleichsweise jungen Datums ist. Denn wahrscheinlich haben diese Einteilungen — die sich übrigens während der Jahrtausende keineswegs gleichgeblieben sind — schon zu einer Zeit bestanden, aus der wir keinerlei Kenntnis mehr haben, aus der es nicht einmal mehr die bescheidensten Kunde gibt. Gewiß hat aber der Mensch schon vor Zehntausenden von Jahren, geologisch gesprochen im Paläolithikum, der älteren Steinzeit, irgendeine Tageseinteilung gekannt; wann zum ersten Male die Einteilung in zwölf Tages- und ebensoviele Nachtstunden vorgenommen worden ist, weiß man nicht; man vermutet, daß die Chaldäer die ersten gewesen sind, die den Sonnenlauf in Stunden eingeteilt haben. Bemerkenswert ist jedenfalls der Umstand, daß sich in der Bibel ein hebräisches Wort für Stunde (schoah) erst im Buche Daniel findet, also zu einer Zeit, die stark unter dem Einfluß der babylonischen Kultur stand. Immerhin scheint aber schon vorher eine Unterteilung des Tages im alten Israel gebräuchlich gewesen zu sein. Man weiß aber nicht, ob dieser Tageseinteilung die gleiche Anzahl von Stunden zugrunde gelegen hat, wie sie in der späteren jüdischen Zeitrechnung gebräuchlich geworden ist, und wie sie etwa gleichzeitig auch bei den Babyloniern üblich war. Die Wahrscheinlichkeit spricht allerdings sehr dafür; allgemein angenommen in der Kulturwelt des Altertums kann der 24-Stunden-Tag erst sehr spät sein; Griechen und Römer werden ihn aus Vorderasien übernommen haben, und seine wissenschaftliche Grundlage hat ihm erst Ptolemäus, der große alexandrinische Astronom, gegeben.

Die alte babylonische Stunde zerfiel aber keineswegs wie in der Neuzeit in 60 Minuten. Die Chaldäer zerlegten sie in dreißig Unterteile. In der späteren jüdischen Zeitrechnung dagegen wurde die Stunde in 1080 Teile gegliedert, eine Eigentümlichkeit, die sich bei keinem anderen Volke mehr findet. Es ist möglich, daß die chaldäische Einteilung der Stunde in 30 Unterteile den Ursprung unserer Minute bildet, insofern, als bei der Verfertigung der ältesten Uhren durch den Nürnberger Peter Henle um das Jahr 1500 dieser Unterteil der Stunde noch einmal halbiert worden sein mag, entsprechend dem mechanischen Rhythmus des Federwerks, das die ältesten Uhren, die sogenannten Nürnberger Eier, trieb. Denn hier erwies sich eine weitere Unterteilung der Minute als erforderlich, und so wurde diese nochmals in 60 Sekunden zerlegt. Man sieht; unsere Zeiteinteilung geht in ihren Anfängen zwar bis in die graueste Vorzeit zurück, aber in ihrer gegenwärtigen Abmessung ist sie kaum älter als 400 Jahre.

Wenn Deutschland jetzt nach dem Vorbilde Italiens, Belgiens und Frankreichs, dem sich seither auch noch andere Länder Europas angeschlossen haben, zunächst im Verkehrswesen den 24-Stunden-Tag einführt, so geschieht das lediglich aus praktischen Gründen. Der allgemeine Brauch, Tag und Nacht in je 12 Stunden zu zerlegen, wird gewiß noch lange vorherrschend bleiben; denn erfahrungsgemäß gewöhnen sich die Menschen nur sehr schwer an Änderungen, die eine Umwertung alteingewurzelter Begriffe im Gefolge haben.

Fortschritte im Röntgenverfahren. Bekanntlich kann man den menschlichen Körper mit Röntgenstrahlen durchleuchten. Die Technik macht in dieser Hinsicht ständig Fortschritte. Die Strahlen durchdringen oft gerade diejenigen Organe, die wir zu sehen wünschen, und es war daher seit Jahren eine wesentliche Aufgabe, durch Eingeben von „Kontraststoffen“ das Sichtbarwerden einzelner Organe herbeizuführen. So verwendet man einen Wismutbrei, den der Patient essen muß, zur Darstellung der Bewegungen und des Zustandes im Magen und Darm. In neuester Zeit ist man nun zur Anwendung von Jodäthen bei der Untersuchung der Lungen sowie des Brustfellraumes und anderer Körperhöhlen übergegangen.

Klapperschlangen gegen Epilepsie. Während der Biß der Klapperschlangen im allgemeinen tödlich ist, sollen kleine Mengen ihres Giftes gegen Epilepsie wirksam sein! Das verwendete Präparat heißt Croctalin, nach dem wissenschaftlichen Namen der Klapperschlange Croctalus. Die ersten günstigen Resultate wurden aus Amerika berichtet; in Deutschland konnten sie bisher nicht bestätigt werden.

